

# Der Steinmetze

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig  
Gerberstr. 1<sup>IV</sup> Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 47

Sonnabend, den 19. November 1921

25. Jahrgang

Für Abonnenten und Inserenten! Die außerordentlich gestiegenen Herstellungskosten (Papier und Druck) veranlassen Schriftleitung und Verlag, Abonnement und Zeilenpreis um 100 Prozent zu erhöhen. Die neue Berechnung für Inserate tritt mit der Nr. 49 am 1. bzw. 3. Dezember in Kraft.

Die Abonnementserhöhung am 1. Januar 1922!

## Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streik-, Bezug fernhalten“ in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

### Sperrt:

Sieber u. Geißler, Grabsteingeschäft in Billingen. Betrieb von Martin Peter, Barnhald. Bildhauer Hugo Weg, Grünberg i. Schl. Grabsteingeschäft Franz Kolf in Paderborn, Reiner in Augsburg-Persee. In Jena die Grabsteingeschäfte von Buse und Flügler, Ebert und Behner. In Bremen Grabsteingeschäfte Berger und Traube, S. Niedel, Fr. Wachsmuth, Eggert, Winter und Kurth. In Westfalen die Betriebe Dübzig, Kirchner und Osterhof. Naumburg (Platz Horn). Jahr i. Bad. das Grabsteingeschäft von Franz und Albert Sieferle, in Danzig (Platz Drehling).

### Streik:

In Hamburg, in Cunewalde (Schleiferei — ausgesperrt).

Bezug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streik nach Frankfurt a. M., Höchst und Offenbach a. M. (Grabmal- und Marmorbranche). Nach Eberbach und Umgebung (Waben), Krefeld; nach Stolp b. Köslin, Osterwald (Steinmetzen, Platz Meine u. Willemann).

Wetzheimer und Rauenberger Mainlandsteingebiet. Der Schlichtungsausschuss Mosbach entschied in den beiden Streitfällen, daß seine Entscheidung erst nach der Verhandlung am Schlichtungsausschuss in Schaffenburg erfolgen könne. Öffentlich tagt jetzt der Schaffenburg Schlichtungsausschuss bald, nachdem um beschleunigtes Verfahren wiederholt erjucht wurde.

### Erlebte Bewegungen.

Jannowitz. Auf den Reichslohntarif (Schleiferei) wurde durch örtliche Vereinbarung die Feuerungszulage vom 7. November an auf 650 Prozent und vom 15. November auf 700 Prozent erhöht. Am 1. Dezember soll wieder verhandelt werden. (Diese Vereinbarung gilt vorläufig nur mit den Hirschberger Arbeitgebern.)

Offenland und Pappenburg. Der Stundenlohn wurde vom 1. November an von 7 Mark auf 9 Mark erhöht, die Sperr- ist damit aufgehoben.

Mayen. In einer Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar wurde am 5. November 1921 zu Mayen zwischen dem Arbeitgeberverband für Mayen und Umgebung, Gruppe Citteringer Luftstein, einerseits und den Arbeiterorganisationen andererseits nachstehende Vereinbarung getroffen: 1. Steinmetzen im Afford erhalten ab 17. Oktober 1921 1050 Prozent, ab 1. November 1100 Prozent und ab 1. Dezember 1200 Prozent auf den Friedenslohn (bisher 860 Prozent). 2. Steinmetzen und Steinhauer erhalten: a) über 22 Jahre ab 17. Oktober 1921 7 Mark pro Stunde (bisher 5.90 Mark), über 20 Jahre 6.80 Mark pro Stunde, über 18 Jahre 6.50 Mark pro Stunde, über 17 Jahre 6.40 Mark pro Stunde; b) über 22 Jahre ab 1. Dezember 1921 7.60 Mark, über 20 Jahre 7.25 Mark, über 18 Jahre 6.80 Mark, über 17 Jahre 6.65 Mark. 3. Steinbrecher erhalten: a) über 22 Jahre ab 17. Oktober 1921 6.80 Mark pro Stunde (bisher 5.70 Mark), über 20 Jahre 6.60 M., über 18 Jahre 6.30 Mark, über 17 Jahre 6.20 Mark; b) über 22 Jahre ab 1. Dezember 1921 7.40 Mark, über 20 Jahre 7.05 Mark, über 18 Jahre 6.80 Mark, über 17 Jahre 6.45 Mark. 4. Sonstige Zeitlohn- (ungelernte) Arbeiter erhalten ab 17. Oktober 1921 a) über 22 Jahre 5.80 Mark pro Stunde (bisher 4.70 Mark), über 20 Jahre 5.20 Mark pro Stunde (bisher 4.30 M.), über 18 Jahre 4.50 Mark pro Stunde (bisher 3.90 Mark), über 17 Jahre 3.40 Mark pro Stunde (bisher 2.90 Mark), über 16 Jahre 2.70 Mark pro Stunde (bisher 2.30 Mark); b) ab 1. Dezember 1921 über 22 Jahre 6.30 Mark pro Stunde, über 20 Jahre 5.85 Mark pro Stunde, über 18 Jahre 4.80 Mark pro Stunde, über 17 Jahre 3.65 Mark pro Stunde, über 16 Jahre 2.90 Mark pro Stunde. Dieser Vertrag gilt bis zum 31. Dezember 1921 mit dierwöchiger Kündigungsfrist.

Am 2. November 1921 hat der Schlichtungsausschuss Andernach gegen die Arbeitgeber des Mayener Basalt-Lavagebiets nachstehenden Schiedsspruch abgegeben. 1. Steinmetzen im Afford erhalten 875 Prozent auf Tarif Nr. 5 (bisher 660 Prozent). 2. Steinmetzen und Steinbrecher im Zeitlohn erhalten: 1. Klasse 7.50 Mark (bisher 6 Mark), 2. Klasse 7.20 Mark (bisher 5.75 Mark). 3. Pflastersteinschläger erhalten für jede Sorte pro 100 Stück 4 Mark mehr. 4. Ungelernte Arbeiter erhalten: über 22 Jahre 6 Mark pro Stunde (bisher 4.70 Mark), über 20 Jahre 5.40 Mark pro Stunde (bisher 4.30 Mark), über 18 Jahre 4.70 Mark pro Stunde (bisher 3.90 Mark), über 17 Jahre 3.70 Mark pro Stunde (bisher 2.90 Mark), unter 17 Jahren freie Vereinbarung. 5. Das Aufladen der Werkstücke wird mit 90 Pfennig (bisher 70 Pfennig pro Fuhr), das Aufladen der Pflastersteine wird mit 60 Pfennig (bisher 40 Pfennig) vergütet. Diese Lohnfestsetzung tritt mit dem 7. November 1921 in Kraft. Beide Parteien haben den Schiedsspruch angenommen.

Im Wauer Schleifereibezirk konnte der Streik erledigt werden. Die Aufnahme der Arbeit erfolgte am 14. November. Die Bedingungen, zu denen der Kampf beendet wurde, siehe im Artikel dritte Seite dieser Nummer.

Bremen. Die Lohnbewegung ist erledigt. Steinmetzen erhalten pro Stunde 14.50 vom 11. November und 15.50 Mark vom 1. Dezember. Bildhauer von den genannten Daten an pro Tag 114 Mark bzw. 121 Mark.

In Langenberg (Serpentinsteinbruch). Bei der Firma Gebr. Uhlig sind die Differenzen beigelegt.

In Halle wurden nach längeren Verhandlungen folgende Vereinbarungen getroffen: Der Stundenlohn der Steinmetzen beträgt vom 28. Oktober an 9.54 Mark und richtet sich nach dem der Maurer am Ort mit 6 Prozent Zuschlag, für Marmorfleischer werden vom 4. November an 8.50 Mark, Schleiferinnen 4.90 Mark, Hilfsarbeiter 6.90 Mark bezahlt.

Bezirk Burgen-Ormma. Nach neuerlichen Verhandlungen erhalten ab der 2. Lohnwoche nach dem 15. November alle Kollegen 1 Mark Feuerungszuschlag pro Stunde, alleinstehende Frauen ebenfalls, Frauen mit „Ernährer“ 50 Pfennig. — Der Stundenlohn im Bezirk steht damit auf 6.80 Mark bis 6.80 Mark, für Frauen auf 3.85 Mark bis 3.85 Mark.

Namsthal-Spechtbrunn (S.-M.). Die Griffelfirma Frey Sorge, Hajenthal, verpflichtete sich vorm Schlichtungsausschuss Sonneberg, rückwirkend vom 10. Oktober 1921 ab die bei der Firma Mohr u. Loehrs in Steinach gezahlten Stundenlöhne für die Brucharbeiter, die Akkordlöhne für die Griffelmacher und für jedes Kind bis zu 14 Jahren eine tägliche Zulage von 1 Mark zu zahlen. Es gelten auch die gleichen Urlaubsbestimmungen wie bei der vorgenannten Firma.

Lichtenfels (Oberfranken). Durch lokale Verhandlungen wurden die hiesigen Arbeiter der Bau- und Steinberufe von der 3. in die 2. Ortsklasse des Nordbayerischen Bauarbeitertarifes versetzt, diese Neuregelung ergibt für unsere Kollegen ab 7. November 1921 eine Lohnaufbesserung von 85 Pfennig pro Stunde. Die Spannung der gelernten und der ungelerten Arbeiter beträgt 30 Pfennig pro Stunde. Für die kommende Lohnzulage wird eine Spannung von 10 Prozent des Zulagebetrages festgesetzt.

Basaltwerke der Gleichberge (Römheld, Gleichberg). Nach der Verhandlung in Eisenach fanden hier gesonderte Verhandlungen über die neuen Löhne statt. Es wurde eine Angleichung an die Eisenacher Festlegung erreicht. Da die Firmen sich dem zu schaffenden Großhüringer Tarif nicht angliedern wollen, auch die dritte Lohnskala nicht anerkennen, muß das Bezirksarbeitsamt entscheiden.

Bedheim (S.-M.). In der Schlichtungsausschussitzung zu Meinungen wurde mit der Firma Deutsche Schleifmittelwerke in Sonneberg vereinbart, daß ab 16. Oktober 1921 auf die bisherigen Löhne ein Stundenlohnzuschlag von 15 Prozent gewährt wird.

Solnhofener Lithographiesteingebiet. Der Verband der Lithographie-Industriellen gewährte in einer Sitzung auf die bisherigen Löhne ab 11. November 1921 eine Zulage von 20 Prozent, ab 9. Dezember 1921 weitere 5 Prozent. Diese Abmachung ist beiderseits bindend bis 29. Dezember 1921. (Neue Lohnsätze siehe unter Korrespondenzen.)

Oldenburg. Im ganzen Freistaat wurden die Löhne der Steinmetzen, Stampfer und Hilfsarbeiter um 1.40 Mark erhöht. Steinmetzen haben damit 11.40 Mark, Stampfer und Hilfsarbeiter 9.70 Mark pro Stunde.

## Ergebnis der Urabstimmung.

### Vorschlag I mit großer Mehrheit angenommen.

An der Abstimmung beteiligten sich 24 655 Kollegen in 350 Zahlstellen. Auf den Vorschlag I entfielen 15 519 Stimmen, auf den Vorschlag II 8857 Stimmen. Geschlossen gegen jede Vertrags-erhöhung stimmte nur die Zahlstelle Löbejün, außerdem 28 Kollegen verschiedener Zahlstellen. 251 Kollegen enthielten sich durch Abgabe weißer Zettel der Abstimmung.

Für den Vorschlag I stimmten in ihrer Mehrheit die Kollegen von 227 Zahlstellen. Mehrheiten für den Vorschlag II ergaben sich in 123 Zahlstellen. Nur etwas über die Hälfte unserer Verbandsmitglieder hat sich also an der Abstimmung beteiligt. Erfreulich ist diese Passivität nicht; sie ändert aber auch an der Annahme des Vorschlags I nichts. Die erhöhten Beiträge treten mit der ersten Woche 1922 in Kraft!

Mit dieser Abstimmung hat eine Angelegenheit von äußerster Wichtigkeit ihre vorläufige Erledigung gefunden. Vorläufig deshalb, weil die Neuregelung schon jetzt, und bis zu ihrem Inkrafttreten in noch erhöhtem Maße, den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht. Mit Recht wurde gelegentlich der Besprechung der zur Abstimmung gebrachten Vorlagen eine höhere Besteuerung der höheren Verdienste vermehrt. Schließt doch unser Vertragswesen nunmehr in der 1. Klasse mit 7 Mark ab, worin zweifellos eine, wenn auch ungewollte Begünstigung der einen höheren Verdienst habenden Kollegen liegt. Die nächste Vertragsregulierung, die, wenn die Geldentwertung in dem bisherigen Tempo zunimmt, nicht lange auf sich warten lassen kann, wird auch nach dieser Richtung ganz e Arbeit leisten müssen.

Doch noch ein anderer Umstand zwingt die Verbandsleitung, in Zukunft kein so großes Mißverhältnis zwischen Geldwert, Beiträgen und Unterstützungen eintreten zu lassen. Ein äußerst kritisch veranlagter Kollege hat nämlich im „Steinmetze“ auf das scheinbar vorhandene ungünstige Verhältnis zwischen den Verwaltungskosten und den den Kollegen in Form der verschiedenen Verbandsunterstützungen direkt wieder zugeflossenen Summen hingewiesen. Nichts erklärlicher als dieses. In den zurückliegenden 1½ Jahren (seit dem Verbandstag in Würzburg) standen die Einnahmen des Verbandes unverändert fest, während die Ausgaben ganz gewaltig gestiegen sind. Und nicht nur die persönlichen Verwaltungsausgaben sind gestiegen (durch Gehaltserhöhungen, ohne die unsere Angestellten ebensowenig existieren können, wie unsere bei Unternehmern beschäftigten Kollegen), sondern auch die sachlichen Ausgaben, nicht nur für die Verwaltung, sondern für alle Ausgabe-posten, mit Ausnahme der Unterstützungsätze, die ja gleich den Beiträgen statutarisch feststehen. Im Verhältnis zur Geldentwertung sind also die Verwaltungskosten nicht mehr gestiegen, wohl aber sind die Beiträge und dadurch auch die zur Auszahlung gelangten Unterstützungssummen ganz gewaltig hinter dem Geldwert zurückgeblieben. Den Vorwurf, die Beiträge nicht rechtzeitig den veränderten Verhältnissen angepaßt zu haben, muß der Vorstand daher unwiderprochen einstecken. Einen Milderungsgrund müssen wir jedoch gelten lassen. Es gab und gibt noch heute Zahlstellen, die den ihnen statutarisch zuzehenden Beitrag nicht leisten, sondern einen niedrigeren Beitrag entrichten. Alle Mahnungen halfen nichts. Erst wenn sie in einen Kampf (Streik oder Aussperrung) verwickelt wurden, sahen sie die Torheit ihres an verfehlter Stelle angewandten Sparens ein und versicherten sich dann in der für sie in Betracht kommenden Beitragsklasse, damit ihnen im Wiederholungsfall höhere Unterstützungsätze zustehen. Die

Verzögerung der Beitragsregulierung fällt also auf die unwilligen Zahler zurück, denn bevor ein Beschluß (die Beitragsregulierung von 1920 in Würzburg) nicht in allen seinen Teilen durchgeführt ist, läßt sich schwer eine Neuerung betreten. Hoffentlich führen die gemachten Erfahrungen zur Abstellung der besagten Mängel. Und noch eins darf im Rahmen dieser Abhandlung nicht unerwähnt bleiben, das ist die große Zahl, der an der Abstimmung nicht beteiligten Kollegen. Wie wird geschimpft über angebliche Rechtlosigkeit und Beschneidung der Rechte, über Bevormundung und Ueberstimmung durch Andersdenkende. — Gilt es jedoch ihren Willen an der richtigen Stelle, sei es durch das gesprochene Wort oder durch den Stimmgabel, zum Ausdruck zu bringen, dann fehlen sie leider. Soll das Mittel der Urabstimmung nicht zu einer Komödie herabsinken, so muß die Beteiligung an ihr in künftigen Fällen eine allgemeine werden.

So unbefriedigend die schwache Beteiligung an der Abstimmung auch ist, so befriedigend ist aber das Ergebnis selber. Durch dieses Resultat werden die Kollegen widerlegt, die mit prophetischer Sicherheit die Annahme des Vorschlags II verkündeten. Die Opferwilligkeit ist in den maßgebenden, ausschlaggebenden Mitgliederkreisen doch größer, als ziemlich allgemein angenommen wurde, und das ist gut so, ist sicherlich zu begrüßen, wir freuen uns darüber! In erster Linie als organisierte Arbeiter und dann erst als die ausführenden Organe. Es berechtigt uns zu der Hoffnung, daß wir auch den kommenden Kämpfen gewachsen sind.

## Aus dem Verwaltungsbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft vom Jahre 1920.

In früheren Besprechungen der Verwaltungsberichte wurde von uns schon darauf hingewiesen, daß die St.-B. nicht alle Betriebe erfaßt, die für die Gewinnung und Bearbeitung von Natursteinen in Frage kommen. Im weiteren werden, wie aus der Betriebsaufsührung nach Gefahrenklassen aus den Verwaltungsberichten der St.-B. hervorgeht, die erfaßten Betriebe anders gruppiert, wie es für unsere statistischen Unterlagen und zur Auswertung des im Bericht enthaltenen Materials erwünscht wäre. Bekanntlich unterziehen eine große Zahl von Steinindustriebetrieben (Steinmetzplätze, Grabsteingeschäfte, Granitschleifereien) den einzelnen Landes-Baugewerks-Berufsgenossenschaften und die von der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft etwa erfaßten Betriebe dieser Art sind in der Betriebsaufsührung der St.-B. nicht klar zu erfassen. Diese Unübersichtlichkeit — nach unserem Standpunkt beurteilt — haben in genannter Beziehung auch die Berichte der Baugewerks-Berufsgenossenschaften. Auf diese Art geht wertvolles Material zur Beurteilung unserer Verfallsage in allen Gruppen für uns verloren. — Die St.-B. erfaßt ferner: Bernsteinbergwerk, Bernsteinfortiererei, Kalkbrennereien, Zementfabriken, Zementfabriken, Erdölgewinnung, Kies- und Sandgruben usw. Dadurch werden die Lohnnachweisungen, die Betriebsweiterungen, die Unfälle, soweit sie in Gesamtzahlen dargelegt werden, in ihrem Wert zur Beurteilung und Benutzung für die Natursteinindustrie sehr geschwächt und haben dadurch nur bedingte Verwertbarkeit. Trotz dieser Anstände hat jedoch der jährliche Verwaltungsbericht der St.-B. in der Beurteilung der Wirtschaftslage in der Steinbruchsindustrie (Betriebe, Unternehmer, Arbeiter) sowie zur Kennzeichnung des Arbeiterrisiko und der sozialen Wirkung der Renten für uns Steinmetze immerhin eine gewisse Bedeutung.

Im Jahre 1919 waren berichtet 9067 Betriebe mit 250 867 Beschäftigten, wird für die letzteren 300 Arbeitstage gerechnet, dann schmilzt die Zahl auf 98 546 V o l l a r b e i t e r zusammen. Im Jahre 1920 ist das Ergebnis etwas günstiger: 9176 Betriebe, 246 303 Beschäftigte, zu 300 Arbeitstagen berechnet 115 350 V o l l a r b e i t e r. Daraus ist ein besserer Geschäftsgang zu entnehmen und eine etwas stabilere Beschäftigungsdauer der Arbeiter. — Bei einer Gesamtzahl berichteter Betriebe von 9176, ruhte etwa jeder vierte Betrieb, insgesamt 2185. Im Jahre 1919 ruhten 2817 und 1918 sogar 4949 Betriebe. Interessant ist der Lohnnachweis im Vergleich zu dem Jahre 1919; während in diesem Jahre der Durchschnittsjahresverdienst eines V o l l a r b e i t e r s mit 3413 M. errechnet war, schnellte der Lohn im Jahre 1920 auf 8822 M. empor. Trotz dieser Steigerung war das Auskommen mit dem Lohn für unsere Kollegen ein großes Fragezeichen. Das nun an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang näher darzulegen ist wohl nicht nötig.

Der Durchschnitts-Tagesverdienst stand 1919 auf 11.33 M., 1920 auf 29.41 M. In den 10 Sektionen der St.-B. ist dieser Durchschnittsverdienst jedoch recht unterschiedlich, am niedrigsten stand er in der Sektion 8 (Schleifen) mit 22.65 M.; dann folgt Sektion 1 (Nahern) mit 23.97 M.; Sektion 6 (Prov. Sachsen, Anhalt, Thüringen) mit 27.43 M.; Sektion 7 (Volksstaat Sachsen) mit 28.90 M.; Sektion 9 (Cannover, Oldenburg, Braunschweig, Lippe und die Hansestädte) mit 29.43 M.; Sektion 2 (Waben, Württemberg) mit 29.51 M.; Sektion 10 (östliche Provinzen, Berlin, Schleswig-Holstein, Mecklenburg) mit 29.72 M.; Sektion 3 (Pfalz, Hessen) mit 30.29 M.; Sektion 5 (Westfalen) mit 32.26 M.; Sektion 4 (Rheinland) mit 37.02 M. — Versucht man nun den Jahresdurchschnittsverdienst in den einzelnen Gruppen (Gefahrenklassen) wie die Berufsgenossenschaft sie aufführt zu erkunden, dann ergibt sich für die meisten Natursteingruppen ein Einkommen unter dem Durchschnitt. So rangieren die Schiefertafel- und Schieferwarenfabriken mit 6181 M.; sonstige Steinbrüche über Tage (außer Granit und Sandstein) mit 6617 M.; Granit-, Porphyr- und Melaphyrbrüche mit 7722 M.; Findlingsbearbeitung mit 8145 M. Ueber den errechneten Lohndurchschnitt von 1920 kommen die Marmorbetriebe (ohne Brüche) mit 8914 M.; Kalk-, Dolomit-, Marmorbrüche mit 9222 M.; Basaltbrüche mit 10 629 M. Diese Löhne gehören nun allerdings der Vergangenheit an, aber sie zeigen uns doch, wie unterschiedlich in den einzelnen Gruppen die Existenzgrundlage ist und wie wir können uns ein Bild machen von der kümmerlichkeit, mit der sich ein Teil unserer Berufsgenossen durchs Leben schlängeln muß. In dem Bericht der St.-B. wird besonders die prozentuale Steigerung der Löhne im Vergleich zu vorhergehenden Jahren hervorgehoben, nach unserer Auffassung hat das gar keine Bedeutung und ist nach dem Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse nur Zahlenpielerei.

Die gemeldeten Unfälle sind im Berichtsjahr wieder auf 7467 gestiegen gegen 6704 im Jahre 1919. Erfmalig entschädigt wurden davon 1146 Fälle. Die übrigen scheinen innerhalb der ersten 13 Wochen wieder geheilt worden. Von den 1146 brachten 156 Unfälle Tod, 21 5 1 1 i g e, 356 teilweife und 613 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Von den Getöteten waren 289 Hinterbliebene zu unterstützen. — Auf 1000 Versicherte kommen 4.65, auf 1000

Wollarbeiter 9,94 Unfälle. Verursacht wurden von den Unfällen durch Sprengstoffe 57, durch Zusammenbruch, Einsturz, Herabfallen oder Umfallen 276, durch Fall 74, Auf- und Abblenden, Heben, Tragen 138, durch Führer 27, Eisenbahnbetrieb (Förderbahnen) 187, durch Handwerkszeug 156, durch abpringende Splitter 14 usw. Zu diesen Unfällen bemerkt der Bericht:

„Eine prozentuale Zunahme gegen das Vorjahr zeigen hauptsächlich die Unfälle durch Zusammenbruch, Einsturz, beim Auf- und Abblenden und beim Eisenbahnbetrieb. Viele der an Arbeitsmaschinen und im Eisenbahnbetrieb vorgekommenen Unfälle betrafen wieder jugendliche und weibliche Personen. Bei Bedienung von Arbeitsmaschinen blieb häufig aus mangelnder Einsicht die unbedingt notwendige Vorsicht außer acht. Im Eisenbahnbetrieb trat bei den Jugendlichen als Unfallursache noch die Neigung zur Spielerei hinzu. Hinsichtlich der Unfälle durch Zusammenbruch, Einsturz, Umfallen oder Herabfallen von Gegenständen möge hier bemerkt werden, daß die Ursachen hierfür außer auf mangelhafte Beseitigung von Abraum auch vielfach auf Unvorsichtigkeit der Arbeiter, die z. B. bei Aufnahme des zu unterst liegenden Steinmaterials aus Bequemlichkeit nicht an das nachfallende Steinmaterial denken, zurückzuführen sind.“

Eine andere Gruppierung nach der Schulfrage zeigt folgende Aufmachung: Ungeeignete Kleidung 10, Schuld des Arbeiters 420, Fehlen von Schutzbearbeitungen und Unachtsamkeit zugleich 55, Schuld von Mitarbeitern oder dritten Personen 43, sonst angegebene in der Gefährlichkeit des Betriebes beruhende Ursachen 456, nicht zu ermittelnde Ursachen 37, Sonstiges 591. Nachdem nun eine tabellarische Uebersicht im prozentualen Verhältnis von 1910 bis 1920 gegeben wird, heißt es dazu im Bericht:

„Das Herabgehen der Prozentzahl der Unfälle, die auf der Gefährlichkeit des Betriebes an sich beruhen, von 50,3 auf 39,8 in den Jahren 1910 bis 1920, beweist, daß der Aufsichtsdienst der Berufsgenossenschaft stetig ist und seine guten Wirkungen hat. Dies tritt auch bei Schuld des Arbeiters in die Erscheinung; hier ist der Prozentsatz von 10,5 im 1910 auf 6,0 bei Ausbruch des Krieges gesunken. Die während der Kriegsjahre wieder eingetretene Steigerung hängt mit der äußersten Beanspruchung der Betriebsanrichtungen und des infolge des Mangels an Handwerkskern, insbesondere von Werkstattschlossern und des Fehlens von Schmiermitteln eingetretenen schlechten Zustandes vieler Betriebsmaschinen zusammen. Immerhin ist 1920 der Stand von 1910 wieder erreicht. Die „Schuld des Arbeiters“ dagegen zeigt eine gewisse Stetigkeit und von 1915 bis 1918 sogar eine erhebliche Steigerung, die in dem Ausschneiden eingearbeiteter und geübter Kräfte und Einstellung von Jugendlichen von Frauen und Mädchen und von schwächlichen und entkräfteten Personen ihre natürliche Erklärung findet. 1920 ist eine Besserung zu verzeichnen. Der Prozentsatz, der auf die Schuld der Arbeiter zurückzuführenden Unfälle ist aber immerhin noch sehr groß. Die Fachorganisation der Arbeiter würden sich ein Verdienst um die Unfallversicherung erwerben, wenn sie durch belehrende Vorträge ihren Mitgliedern immer wieder die strenge Befolgung der Unfallversicherung ans Herz legen würden.“

Diese Mahnung geben wir an unsere Zahlstellen, besonders den großen Bezirken weiter, sie ist von uns schon oft erhoben und es lohnt sich gewiß, wenn in die Versammlungsthemata diese Materie aufgenommen wird. Geeignete Referenten wären auch die Aufsichtsbeamten, die sich gewiß gern dafür zur Verfügung stellen, um die Unfallfragen in Arbeiterversammlungen zu behandeln.

Was jedoch sonst in dem Bericht über die Schuld des Arbeiters gesagt wird, mag nach den Untersuchungsergebnissen objektiv richtig sein und wir wissen aus vielen Fällen, daß sehr oft die nötige Vorsicht (Sprengungen, Arbeiten am Felsen, Tragen und Heben, Schutzhelme) zu wünschen übrig läßt. Aber fest steht, daß die Betriebsverantwortlichen viel durchlaufen lassen, einmal weil es die Rentabilität des Betriebes hindert, wenn streng nach dem Buchstaben der Vorschriften gehandelt wird, und ferner, weil die nicht strenge Beachtung in 99 Fällen gut geht. Bringt dann der 100. Fall das Unglück, nun dann ist sicher in den meisten Unfällen die Schuld der Arbeiter. So ist die Praxis! Wir können unseren Verbandsmitgliedern nicht dringend genug raten, sich die Rubrik: „Schuld des Arbeiters“ garf einzuprägen und jeden Handgriff zu verweigern, wo den Unfallverhütungsvorschriften nicht entsprochen wird. Wir sind überzeugt, daß dann die andere Rubrik: „In der Gefährlichkeit des Betriebes beruhende Ursachen“

oder gar jene: „nicht zu ermittelnde Ursachen“ in den künftigen Berichten die meisten Unfälle verzeichnen wird.

Im Jahre 1920 wurden in fünf Fällen gegen Betriebsunternehmer und Betriebsangestellte Ersatzansprüche erhoben, weil sie in fahrlässiger Weise Unfälle verschuldet hatten; außerdem wurden noch 203mal Geldstrafen gegen Unternehmer im Gesamtbetrag von 5185 M. ausgesprochen, weil sie sich nicht an die mit der Unfallversicherung im Zusammenhang stehende Geschäftsführung gewöhnen können (Lohnnachweisungen, rechtzeitige Meldung von Unfällen, Auskult usw.).

Auch gegen 54 Arbeiter wurde wegen Zuwiderhandelns gegen die Unfallvorschriften bei den Versicherungsämtern Geldstrafen beantragt. Dem wurde in 54 Fällen entsprochen, 4 sind noch nicht erledigt, 4 wurden zugunsten der Arbeiter abgelehnt, in einem Fall wurde die Strafe um die Hälfte ermäßigt.

Bemerkenswert ist noch aus dem Bericht, daß die ständige Ausstellung für Arbeitermehrwahl in Charlottenburg auf Grund einer Anregung des Reichsarbeitsministers wieder eröffnet und weiter ausgebaut wird. Der Vorstand der St.-A. hat es sich angelegen sein lassen, eine Auffrischung und Ausgestaltung der ständigen Ausstellung für die Gruppen, die in der St.-A. vertreten sind, in die Wege zu leiten. Einem Teil unserer Mitglieder ist die Ausstellung von früher bekannt. Sie war ein vorzüglicher Anschauungsunterricht, besonders in der Behandlung der Sprengarbeiten. Wenn der Besuch unter anderem auch den Arbeitern wieder ermöglicht wird zur Belehrung und ohne persönliche Opfer, dann begrüßen wir die Wiederöffnung im Interesse der Abschwächung des Arbeiterflusses in der Steinbruchindustrie.

Es wäre nun gewiß noch manches aus dem Verwaltungsberichte anzuführen über Fürsorge für Verletzte, Unfallentschädigung, Renten, Ergebnisse des Heilverfahrens, Geschäftsumfang und Verwaltungskosten. Doch unbekanntes halten wir unseren Mitgliedern damit nicht zurück. Der Kampf um die Rente, das Heilverfahren, die Rentenversicherung ist noch viel früher, darin hat sich nichts geändert. Die Geschäftskosten interessieren uns weniger, gehen mehr den Trägern der Versicherung an, sie sind jedoch, wie nicht anders zu erwarten, ungeheuer gestiegen. Das Mißverhältnis zwischen den Verpflichtungen der Berufsgenossenschaft gegen Verletzte und deren Hinterbliebene und den Geschäftskosten ist groß und läßt sich kaum dauernd aufrecht erhalten. Ähnlich wird es in allen Berufsgenossenschaften sein.

Im Jahre 1920 sind unter Ausschluß der Kosten der Fürsorge in der Bartezeit 5 158 247,68 M. aufgewendet worden, darunter 1 038 207,60 M. an Zulagen; insgesamt bezogen im Jahre 1920 15 982 Personen Rente, und zwar 10 453 Verletzte, 2768 Witwen, 2207 Kinder, 109 Verwandte. Diese Ziffern sind im Laufe des Jahres durch Tod, Heilung, Wiederverheiratung usw. zusammengeschmolzen, so daß die Berufsgenossenschaft am 31. 12. 1920 laufende Verpflichtungen hatte: an Zahl laufender Verletztenrenten 3401 (2 252 470 M.), Witwenrenten 2679 (585 637 M.), Kinderrenten 1905 (483 428 M.), Verwandtenrenten 105 (24 093 M.). Dafür wird benötigt eine Gesamtsumme von 3 345 628 M. Wenn unsere Verbandsmitglieder aus diesem kurzen Auszug die nötigen Lehren ziehen, dann ist der Zweck dieser Zeilen erfüllt.

### Zur Frage der gleitenden Lohnskala.

Die Folge der fortwährenden Preistreiberien ist bei einem Teil der Arbeiter erneut Veranlassung, den Wert und Umwert der gleitenden Lohnskala zu ergründen. Ueber diese Frage ist schon viel Druderschwärze verbraucht worden, aber ein praktisches Ergebnis der Anwendung, bis auf kleine Ansätze, ist bisher in Deutschland wohl in keinem Tarifabschluß festgelegt worden. Solche Ansätze haben wir auch in der Steinindustrie in einigen Bezirksvereinen der verschiedensten Gruppen, unter anderem im schlesischen Sandsteingebiet und in der Zahlstelle Breslau. Erfahrungen über den Wert dieser Vereinbarungen besitzen wir jedoch noch nicht. — Im „Korrespondent“ des Deutschen Buchdruckerverbandes hat kürzlich eine recht interessante Auseinandersetzung darüber stattgefunden, angeregt durch ein Redaktionsmitglied. Von allen Einwendungen aus Buchdruckerkreisen scheint uns die nachstehende — von dem Verfasser Gen. v. Wederloh zur Verfügung gestellt — die beachtlichste zu sein. Nebenbei bemerkt, finden wir in keinem deutschen Gewerkschaftsblatt eine so äußerst schlaue und erschöpfende Mitarbeit der Verbandsmitglieder wie im Buchdruckerverband; auftauchende Fragen werden dort nach allen Regeln der Kunst von den verschiedensten Seiten betrachtet

und behandelt und sehr oft von einer geistigen Höhe, über die auch Außenstehende ihre Freude haben. Diese rührige Mitarbeit im geistigen Verbandsleben bringt gewiß zum großen Teil der Buchdruckerberuf mit sich, aber zu wünschen wäre, daß etwas von dieser lebhaften Mitarbeit auch auf die Steinarbeiter überkäme. Doch zur Sache, der bereits genannte Genosse schreibt zu der „gleitenden Lohnskala“:

„Auf den ersten Blick erscheint nichts vernünftiger als diese Forderung. Man hat sogar geltend gemacht, daß wir in Wirklichkeit diese Lohnskala längst hätten, und daß es sich um weiter nichts handle, als den bestehenden Zustand vertraglich festzulegen. Es ist richtig, daß die Lohnskala seit 1914 in Wirklichkeit eine gleitende gewesen ist, und es ist ferner richtig, daß es technisch durchaus möglich ist, durch einen Tarifvertrag von vornherein das festzulegen, was ja früher oder später, mit oder ohne Kampf, doch bewilligt werden muß, wenn die Arbeiter nicht an ihren Maschinen vor Hunger zusammenbrechen sollen. Deswegen kann aber doch die gleitende Lohnskala nicht das Ideal des seine Rolle im Produktionsprozeß erkennenden Arbeiters sein!“

Sehen wir zunächst ganz davon ab, daß die bis jetzt berechneten Indezahlen kein zuverlässiger Maßstab der Teuerung sind. Der „Korr.“ hat an der Methode der Berechnung dieser Zahlen ja schon mehrfach berechtigte, scharfe Kritik geübt. Wichtiger ist, daß die wirklichen Verluste der Arbeiter infolge der Teuerung durch Indezahlen gar nicht ausgeglichen werden können.

Die Teuerung braucht, um in die Erscheinung treten zu können, immer eine gewisse Zeit. Angenommen, der Tarifvertrag enthielte die Bestimmung, daß die Löhne erhöht werden sollen, wenn die Indezahl um 5 Prozent oder mehr gestiegen ist, dann werden doch mindestens mehrere Tage vergehen, bis die Statistik diese Tatsache feststellen kann; innerhalb dieser Zeit ist die Lebenshaltung des Arbeiters infolge der gesunkenen Kaufkraft seines Lohnes vermindert. Beträgt der Tagelohn z. B. 50 M. und steigt die Indezahl innerhalb zweier Wochen um 5 Prozent, so trägt der in Nominallohn umgerechnete Verlust an Reallohn  $50 \times 14 \times 0,025 = 17,50$  M. Ein ähnlicher Verlust ist stets vorhanden, auch wenn die Erhöhung des Preisniveaus, wie z. B. in Polen und Rußland, innerhalb weniger Stunden erfolgt.

Daraus folgt, daß jede Erhöhung des Preisniveaus außer einer Lohnerhöhung noch eine einmalige Wirtschaftshilfe erfordert, wenn die Verluste des Arbeiters tatsächlich gedeckt werden sollen. Die Wirtschaftshilfe ist aber noch aus einem andern Grunde gerechtfertigt. Die allermeisten Arbeiter sind gezwungen, für künftige größere Ausgaben zu sparen. Die Kleidung muß ersetzt werden, der Hausrat ist zu ergänzen usw. Die Ausgaben dafür können aus den laufenden Lohnzahlungen nicht gedeckt werden. Die Rücklagen des Arbeiters aber werden durch die Teuerung genau so entwertet wie sein Lohn. Wenn nun bei einer Teuerung nichts weiter geschieht, als daß der Lohn des Arbeiters entsprechend der Indezahl erhöht wird, so bleibt eben die Entwertung der Rücklagen des Arbeiters ungedeckt.

Werden die Arbeitgeber diese einfache Tatsache jemals zugeben, ohne durch Kampf dazu gezwungen zu sein? Jeder, der Lohnbewegungen mitgemacht hat, weiß, daß die Wirtschaftshilfen immer am schwersten durchzusetzen sind, und daß die Beförderung einer solchen Hilfe von den Arbeitgebern stets als eine Art Erpressung hingestellt und auch empfunden wird.

Der größte Nachteil der Indezahlen aber liegt nicht einmal darin, daß sie keinen vollkommenen und gerechten Ausgleich für die erhöhten Preise bieten können. Der größte Nachteil liegt vielmehr darin, daß sie sinken, wenn die Preise zurückgehen.

Zunächst erscheint nichts natürlicher, einfacher und gerechter, als daß die Löhne dem sinkenden Preisniveau folgen. Der Reallohn des Arbeiters wird ja dadurch nicht vermindert; im Gegenteil, in der Zeit zwischen dem Einsetzen des Preisrückgangs und seiner Feststellung durch die Statistik hat der Arbeiter von der vermehrten Kaufkraft seines Lohnes noch einen kleinen Vorteil.

Diese Betrachtung ist aber sehr oberflächlich. Sie setzt voraus, daß Fallen und Steigen der Preise ein Vorgang ist, ungefahr wie Fallen und Steigen des Wasserstandes oder der Tagestemperatur, d. h. eine Einwirkung von außen, die mit der Anpassung der Menschen an diese Verhältnisse in keinem organischen Zusammenhang steht. So steht die Sache aber nicht. Das Sinken der Preise hat eine ganz und gar andere Bedeutung als das Steigen. Ein Beispiel wird das deutlich machen.

Angenommen, eine neue Erfindung oder die Erschließung eines neuen Verkehrsweges oder die Konkurrenz der Kapitalisten unter-

### Was wird aus Europa?

Diese heute wieder mehr als je brennend gewordene Frage untersucht der Präsident des Reichswirtschaftsrats Edler von Braun in einer bei Mittler & Sohn (Berlin) erschienenen Broschüre, die von einfachsten, sozusagen handgreiflichsten Tatsachen ausgehend zu Schlussfolgerungen gelangt, denen auch der politisch auf ganz anderem Boden als der Verfasser stehende sozialistische Arbeiter nur aus vollster Ueberzeugung zustimmen kann.

Ähnlich wie Rudolf Wissell und andere sozialistische Wirtschaftspolitiker es schon früher dargelegt haben, sieht auch Edler von Braun die Folgen des Vertrags von Versailles so an, daß, wenn es gelingen sollte für 40 Milliarden Goldmark deutsche Waren zu erzeugen und auf dem Weltmarkt abzuladen, wie dies nach den Pariser Beschlüssen erforderlich wäre, Deutschland eine industrielle Werkstätte der Erde werden müßte, die zwar unter gebrühten Verhältnissen und zu Hungerlöhnen arbeitet, doch mit der ganzen Leidenschaft und Zähigkeit eines um sein Leben ringenden Volkes und mit der ganzen Gewalt seines richtigen Produktionsapparates auf die Märkte der Erde wirken müßte.

Daß dies keine ergrübte Phantasie, sondern greifbare Wirklichkeit ist, hat ja der erste Anlauf zur Erfüllung der uns aufgegebenen Leistungen schon gezeigt. Der Weltmarkt ist eben kleiner, als gemeinhin angenommen wird. Die Ausfuhrziffer sämtlicher Kulturstaaten zusammengenommen, beläuft sich auf weniger als 100 Milliarden Goldmark, würde also nach dem Reparations-schema künftig von Deutschland allein fast zur Hälfte gedeckt und die unvermeidliche Folge der deutschen Lieferungsspflicht würde sein, daß alle beteiligten Länder ihre Ausfuhr, damit auch ihre Produktion einschränken müßten, weil sie mit der zu Hungerlöhnen hergestellten deutschen Ausfuhrware nicht mehr konkurrieren könnten. Man braucht nur an die heute in den „Siegerländern“ herrschende Arbeitslosigkeit zu denken, um die hier ausgesprochene Folgerung voll bestätigt zu finden. Alle Industrieländer Europas, ja selbst die Vereinigten Staaten von Nordamerika, stehen unter einer Krise, die nichts anderes als die Ruine ist, die diesen Ländern von ihren eigenen Staatsmännern mit dem Vertrag von Versailles auf den Rücken gebunden wurde. Denn damit, daß man fast die Hälfte des gesamten Weltmarktesbedarf aus dem halbberhungerten Deutschland herauszupressen versucht, während man ihm die Möglichkeit der Einfuhr (die 1913 mehr als den neunten Teil des gesamten Welthandels ausmachte!) immer mehr unterbindet, versetzt man die Weltwirtschaft in einen Zustand furchtbarer Zudrängung, wie sie sich jetzt in den Absatzstörungen auf der einen, in dem fieberhaften Warenunger auf der anderen Seite bemerkbar machen.

Der amerikanische Staatssekretär für öffentliche Arbeiten James Davis hat Mitte August im Senat erklärt, daß in den Vereinigten Staaten 5 735 000 Arbeitslose vorhanden sind. In England beträgt deren Zahl 3 Millionen. Dabei haben die Bankrotte in Amerika so zugenommen, daß Zahlungseinstellungen, die den Betrag von 500 000 Dollar nicht übersteigen, nicht mehr veröffentlicht werden dürfen. In den europäischen neutralen Staaten, wie Schweiz, Dänemark, Schweden und Holland steht Handel und Wandel still, weil die ganze Ausfuhr stockt. Auch hier ist die Arbeitslosigkeit eine außerordentlich hohe. Nach den Feststellungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes gelegentlich der Tagung am 18. und 14. August 1921 ist in Dänemark und Schweden ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter arbeitslos, und ein weiteres Drittel leistet nur Kurzarbeit. In der Schweiz, einem Land von 4 Millionen Einwohnern, beträgt die Zahl der Arbeitslosen 200 000, also 5 v. H. der Gesamtbevölkerung. Von überall her kommen die Notschreie, die eine Lösung der Krise verlangen.

Worin kann die Lösung bestehen? E. von Braun sucht — und darin gerade erblicken wir den Hauptwert seiner kleinen Schrift — die Lösung nicht in irgend einem neuen volkswirtschaftlichen Experiment, noch gar erhofft er ihn von neuen kriegerischen Auseinandersetzungen. Er legt den Finger auf den wunden Punkt am Körper Europas: auf Rußland, und sagt, daß dort mit der Befähigung des Heibels der Weltkriege begonnen werden muß. Und zwar in erster Linie mit deutscher Hilfe, die zugleich die Rettung Rußlands und Deutschlands, damit aber auch Europas vollbringen würde.

„Hier“ — sagt er — „liegt die wahre Reparationspflicht, hier liegt die große Menschheitsaufgabe aller Völker, um das Unrecht an einem Volke wieder gutzumachen, das durch Krieg und Revolution in tiefstes Elend gestürzt wurde: Eine Aufgabe, bei der man nicht nach Schuld und Sühne fragen darf, sondern einfach nach Gewissenspflicht. Eine Aufgabe, zu der sich alle Völker zusammenschließen müssen, wenn man nicht der Menschlichkeit Lohn sprechen will. Hier liegt aber auch die Möglichkeit, und zwar die einzige Möglichkeit, wie Deutschland in die Lage versetzt werden kann, das zu erfüllen, was seine Gegner nach dem Rechte des Siegers von ihm verlangen können.“

In gedrängtester Form, aber mit überzeugender Sachlichkeit weist E. von Braun nach, daß Deutschland erst dann die geforderten Summen in Reparationsleistungen und Ausfuhrabgaben aufbringen kann, wenn ihm Rohstoffgebiete erschlossen werden, in denen es durch eigene Arbeit Werte schaffen und an den Weltmarkt abgeben kann. Das ist nach der gegenwärtigen Lage allein durch den Wiederaufbau Rußlands möglich. Rußland leidet an allem, was die deutsche Industrie liefern kann, ist selber aber imstande, einen großen Teil der Rohstoffe zu erzeugen, die Deutschland braucht. Hier ist also, wie es schon einmal geschah, als durch deutsche Anstiedler russisches Land der Kultur erschlossen wurde, ein Austausch möglich, ohne Belastung der deutschen Valuta, aber auch ohne wirtschaftliche Ausbeutung des russischen Volkes einzig und allein dadurch, daß man deutscher Technik und Organisationskraft Raum zur Betätigung gibt.

Ausdrücklich lehnt der Verfasser, was bei seinem deutschnationalen Parteistandpunkt besonders hervorzuheben ist, die Gedankengänge deutschnationaler Außenpolitik ab. Er verwirft jedes Streben nach politischer Angliederung russischer Gebiete an Deutschland und bekämpft die Erfahrungen des Weltkrieges hätten bewiesen, „daß die Erstreckung eines Staates auf fremdstämmige Gebiete keinen Machtzuwachs, sondern eine Schwächung bedeutet.“

Wenn alle Deutschnationalen so dächten und wenn diese so schwer erkaufte Einsicht für alle Zeiten beherzigt würde, dann könnte man allerdings auf einen nationalen Gesundungsprozeß hoffen.

E. von Braun führt aber noch andere triftige Gründe an, die dafür sprechen, daß aus einer wirtschaftlichen Belästigung Deutschlands in Rußland nicht ein neuer Machtkrieg entsteht. Persönliche Beobachtungen, die er seit 1917 bei mehrfachem Aufenthalt in Rußland gemacht, haben ihm die Ueberzeugung beigebracht, daß in der russischen Bevölkerung sich keine Feindseligkeit mehr gegen Deutschland gezeigt, daß vielmehr ganz offen die Meinung ausgesprochen wird, Rußland könne sich nur mit Hilfe Deutschlands wieder aufrichten. Von Deutschland aber sagt er, daß bei denen Gegenseiten, die sich hier zwischen den sozialistischen und den bürgerlichen Parteien herausgebildet haben, „jeder Gedanke an einen Machtkrieg Wahnsinn wäre, weil die sozialistischen Arbeiter einer solchen Parole nie Folge leisten würden.“

Daß derartige Wahrheiten heute von einem rechtsgerichteten Politiker ausgesprochen werden, kann uns nur willkommen sein. Bundesgenossen im Kampfe für die Völkerbefreiung, für die Wiederherstellung unseres siechen Erbteils können wir gar nicht genug bekommen. Darum begrüßen wir das Werk des Präsidenten des Reichswirtschaftsrates und wünschen aufrichtig, daß es auch außerhalb Deutschlands die günstige Aufnahme finde, die sein christliches Wollen verdient.

### Opfer.

Der Lebenstrieb ist der Urquell alles Seins und Werdens. Aus dem lebendigen Drange nach Entfaltung des eigenen Ich heraus wuchs die Entwicklung der Welt. Und wenn wir eine soziale Gestaltung der Welt erstreben, dann wollen wir dieses Ich nicht ausschalten, sondern wir wollen es nur sich entfalten lassen in höherer, edlerer, durchgeistigter Ort.

Der niedere Mensch kennt nur sein eigenes materielles Ich, und selbst das ganze religiöse Leben dieser Menschen der Unkultur ist nichts als Gefriedigung des rein materiellen Lebensverlangens. Erst der Mensch, dann die Götter. Die Götter sind nur Mittel zum Zwecke der egoistischen Befriedigung des materiellen Lebensdranges des einzelnen. Erst ich und dann du, und das Du nur, soweit das Ich das Du zur Befriedigung seiner materiellen Freuden nötig hat. So opfern die Fische- und Jägervölker in Amerika, Sibirien, Afrika etwas von der erlangten Beute den Göttern oder Geistern der getöteten Tiere; aber sie opfern gewöhnlich nur in der Not, so auf gefährlichen Wegen und Strömen, ganze Tiere. Die Kantkavaladen bringen den Göttern gewöhnlich von gefangenen Fischen nur die Köpfe und Schwänze, welche sie selbst nicht genießen.

Welch eine Entwicklung von dieser Unkultur bis zum millicienumschlingenden Fühlen eines Schiller! Auch hier ist es der Lebenstrieb, der sich verlangend regt, doch ist das Ich gewachsen, es ist tiefer geworden, durchgeistigt, durchseelt. Ueber das materielle Ich trümbiert das Ich der Seele. Und dieses Ich ist nur glücklich, wenn alle glücklich sind, und mit Freuden opfert er seine materiellen Werte, wenn nur das Ganze wächst und seine Seele in dem Ganzen aufsteht.

Das ist das Ich des neuen Menschen, das da in diesen großen Geistern aufwärts rang. Und das ist der Fortschritt der Welt, daß dieses große Eingefühl sich bereits in Tausenden und aber Tausenden des Volkes regt. Auch sie wollen ihr wirtschaftliches Recht, ihre materiellen Lebensnotwendigkeiten, doch nicht als letzten Selbstzweck alles Daseins, sondern als Voraussetzung zu Höherem. Das Glück des Du ist ihnen das höchste Ziel.

Viele sind allerdings als Kinder ihrer kapitalistischen Zeit noch in niederem Denken befangen. Sie bringen ihren Kampfororganisationen auch ihre Beiträge, aber sie sind ihnen rein materielle Opfer, die sie schweren Herzens bringen, nur weil sie sich ein Geschäft davon versprechen. Das ist Unkultur, aber keine proletarische Auffassung des Kampfes.

Erzwungene Opfer bringt der Mensch der Unkultur. Eitlich ist's sich zu schenken einer Idee. Und das ist das Erhabene am wahren Proletariat, daß es sich mit seiner ganzen Seele einem Gedanken hingibt, daß seine Unbequemlichkeiten und materiellen Gaben nicht Opfer sind, sondern Freuden, daß es eines Gedanken lebt, dem größten Menschengedanken, den Gedanken eines allgemeinen Weltbrudertums. Das Glück der Menschheit ist das Glück des Ich. Daß das Gefühl in Abertausenden vorhanden, beweist das herrliche Wachsen der Welt, den unaussprechlichen Sieg einer edleren Zukunft.

einander oder eine Zollreduktion habe den Preis irgendeiner Ware gesenkt. Es ist klar, daß hier eine wirtschaftliche Verbesserung eingetreten ist, die mindestens Neuzugewinn der Gesellschaft beim natürlichen Kauf der Dinge zugute kommt und auch zugute kommen soll. Die Preisreduktion bedeutet, daß die Produktivkräfte der Gesellschaft gewachsen sind, daß der Mensch irgendwo über die Natur gesiegt hat, daß die Macht der Ausbeuter der Gesellschaft geringer geworden ist. Kann man irgend einen vernünftigen Grund dafür angeben, die Arbeiter von diesen Vorteilen auszuschließen? - Scherzhaft! Was tut aber der Unternehmer? Er herab die Arbeiter der Früchte aller Siege, welche Technik, ihr eigener Klassenkampf, die Schwäche ihrer Gegner ihnen verschaffen. Er tut aber noch mehr als das, er ist eine Ursache der Arbeitslosigkeit, die wahrcheinlich alle andern an Wirksamkeit übertrifft.

Die englische und die amerikanische Arbeiterschaft sind gerade in diesen Wochen in fürchterlichster Weise das Opfer dieser noch nicht genügend beachteten Tatsache geworden.

Im Juni letzte in England und Amerika ein sehr scharfer Preisrückgang ein. Die Ursachen waren auch dem Dummsten klar und wurden täglich in der Presse dargelegt: das Land erlitt die Waren. Die Lagerhäuser reichten tatsächlich vielfach nicht mehr aus. An den Docks türmten sich die Warenballen, die man nicht unterbringen konnte. Die Produktivkräfte waren der Gesellschaft wieder einmal über den Kopf gewachsen. Aus dieser Lage war nur eine Rettung möglich: eine allgemeine, große Lohn-erhöhung, damit die Menschen die Waren, die sie produziert hatten, auch kaufen könnten. Der Textilarbeiter hatte Anzüge im Ueberflusse hergestellt, die genügt hätten, ihm und allen englischen und amerikanischen Arbeitern eine Auswechslung der abgetragenen Sachen zu ermöglichen. Was geschah aber? Zunächst das, was in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung immer in solchen Fällen geschieht: Die Textilarbeiter erhielten von der Kleidung, die sie hergestellt hatten, zwar nichts ab, dafür wurden sie aber auf die Straße gesetzt! In andern Industrien erfolgte das gleiche.

Dann aber geschah das, was bisher noch bei keiner Wirtschaftskrise geschehen war: die Kaufkraft der noch in Arbeit stehenden Arbeiter wurde durch die Indexwertberträge allein in England in wenigen Wochen um mehrere hundert Millionen Pfund Sterling vermindert! Das einzige, was der englischen Wirtschaft hätte helfen können, nämlich der innere Markt, war mit einem Male vernichtet. Die Folge waren weitere Arbeiterentlassungen in den unbeschäftigten Industrien, ein noch scharfer Preisrückgang und — weitere Lohnherabsetzungen. Heute herrscht in den Industriebezirken Englands, z. B. in Lancashire, eine Not, wie vielleicht nicht einmal im Kriege, während die Waren, die die Bevölkerung braucht, in den Lagerhäusern verberben.

England hat jetzt mehr Arbeitslose, als es im Kriege Soldaten hatte, und alle geben zu, daß die gegenwärtige Krise die schwerste ist, die das Land je getroffen hat.

Die deutsche Arbeiterschaft muß sich diese Vorgänge zur Lehre dienen lassen. Preisrückgänge bedeuten Ueberfluß an Waren und sind nicht mit Lohnreduktionen, sondern mit Lohnherabsetzungen zu beantworten! Um diese Lohnherabsetzungen ist so lange zu kämpfen, bis der letzte unverkäufliche Stiefel, das letzte unverkäufliche Gemd im Besitz der Arbeiter sind!

Eine Arbeiterschaft, welche die Waren, die sie produziert hat, nicht in Besitz nimmt, welche die Zeit, die eine neue Maschine erspart, nicht tatsächlich ausruht, bereitet sich unweigerlich Arbeitslosigkeit, begehrt Selbstmord!

Für die Arbeiterschaft kann nur eine Art von gleitender Lohnskala in Frage kommen, nämlich ein beständig steigender Nominal- und Reallohn! Der aber ist durch keinen Tarifvertrag zu erreichen, sondern nur durch einen mit allen tauglichen Mitteln geführten, wirtschaftlichen Kampf!

### Aus den Zahlstellen.

**Allen Mitgliedern zur Beachtung!** Steuerabzug und Werbungskosten. Im Lohnsteuergesetz ist vorgesehen, daß mit dem 1. November d. J. der bis dahin vorgesehene Satz von 8.40 M. wöchentlich für Werbungskosten nur noch mit 3.60 M. berechnet werden soll. Dieser letzte Betrag entspricht nun durchaus nicht den Verhältnissen der Geldentwertung und den tatsächlichen Ausgaben, die unter den Begriff Werbungskosten fallen. (Als Kaufsumme für Werbungskosten sind 1800 Mark pro Jahr vorgesehen.) Darunter werden einbezogen insbesondere Ausgaben, die dem Steuerpflichtigen durch Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte erwachsen, Eisenbahn, Straßenbahn, Fahrrad, Mehraufwand für Mahlzeiten, die infolge der Entfernung der Wohnung von der Arbeitsstätte statt im Haushalt im Wirtschaftshaus eingenommen werden müssen. Kosten für besondere Arbeitsanzüge, Schürzen, Fußbekleidung, Werkzeuge, Schulzinsen, Beiträge zu Versicherungszwecken, zu Sterbekassen, zu Versicherungsprämien und Beiträge zu Berufsverbänden. Wir empfehlen allen Kollegen, beim zuständigen Finanzamt einen entsprechenden Antrag zu stellen auf Erhöhung des von der Steuer abzugsfähigen Betrages. Es muß in diesem Antrage nachgewiesen werden, daß die Kaufsumme von 1800 M. Werbungskosten mindestens um 150 M. (§ 46 des Lohnsteuergesetzes) überschritten wird. Der Nachweis kann in allen Fällen leicht erbracht werden. Die Notwendigkeit einer Erhöhung des Abzuges wird bei Unterlassen von der Behörde anerkannt, allerdings dauert es eine gewisse Zeit bis zur Erledigung. Das darf aber die Kollegen nicht abhalten, einen solchen Antrag zu stellen.

**Solnhofen-Langenaltheim u. Umgebung.** Die Unternehmer des Lithographiegebietes traten bei der jetzigen Wohnforderung sofort mit der Arbeiterschaft in Verhandlungen und konnten am 11. November die Verhandlungen stattfinden. Sie anerkannten die Notlage, in der sich die Arbeiterschaft zufolge der wahnwitzigen Teuerung befindet; jedoch vorgaben, in Anbetracht einer Reihe von Umständen die ganze Forderung von 40 Prozent nicht bewilligen zu können. Die Arbeitervertreter gaben sich dann mit dem Zugeständnis zufrieden und wurde nachstehende Vereinbarung mit der folgenden Wohnrechnung festgesetzt:

Stundenlöhne ab 11. 11. 21. ab 9. 12. 21.		
Für Arbeiter von 14-15 Jahren	1.60	1.70
" " " 15-16 "	1.90	2.00
" " " 16-17 "	2.45	2.55
" " " 17-18 "	3.05	3.20
" " " 18-19 "	3.95	4.15
" " " 19-20 "	4.55	4.75
" " " 20-21 "	5.15	5.40
" " " über 21 "	5.45	5.70
verheiratete Hilfsarbeiter	6.35	6.65
Fertigmacher, die abprengen können:		
ledige Arbeiter unter 21 Jahren	5.45	5.70
ledige Arbeiter über 21 Jahre	5.70	5.95
verheiratete Arbeiter	6.80	7.10
Fertigmacher, die nicht abprengen können:		
ledige Arbeiter	5.15	5.40
verheiratete Arbeiter	6.35	6.65
Vorarbeiter und Handwerker	7.80	8.15
Arbeiterinnen, ledige unter 18 Jahren	1.65	1.75
Arbeiterinnen, ledige über 18 Jahre	2.75	2.85
Arbeiterinnen mit eigenem Hausstand	3.10	3.25

Die Gültigkeitsdauer ist unter allen Umständen bis zum 29. Dez. 1921 und kann infolgedessen von dem § 7, letzter Absatz des Tarifgesetzes vom 12. April 1920, kein Gebrauch gemacht werden.

**Solnhofen-Margberg, den 11. November 1921.**  
Verband der Solnhofen-Lithographieindustriellen.  
Gutmann, G. Reiner.

Für die Arbeiterorganisationen: Ant. Böcker, M. Lohje, Jos. Weigl.  
Leipzig. Trotz mehrfacher Bekanntgabe war die außerordentliche Versammlung am 31. Oktober sehr schlecht besucht. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung war es sehr zu bedauern. Es ist zugleich wieder ein Beweis, wie wenig Interesse viele Kollegen an der Gewerkschaft zeigen, sobald es sich nicht um Lohnforderungen handelt. 1. Punkt: Der Vorsitzende gab Bericht über die am 25. Oktober stattgefundene

Verhandlung über Schiedsgericht und Arbeitsordnung. Von einer Stellungnahme zu diesen Fragen wurde vorläufig abgesehen, weil die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Der Beschluß, die Arbeitszeit ferner der Bauarbeiter anzupassen, fand einstimmige Annahme. Von den beiden vom Zentralvorstand ausgearbeiteten Vorschlägen über Betrags- und Unterstufenerhöhung wurde der Vorschlag 1 einstimmig angenommen. Den durch Abwesenheit glänzenden Kollegen wurden Stimmzettel auf den Arbeitsplätzen übergeben, die bis Sonnabend, den 5. November, beim Kassierer abzugeben waren. Ein Antrag, die Beitragserhöhung auf 10 M. pro Woche schon in der 45. Beitragswoche zu erheben, fand einstimmige Annahme. Insgesamt gingen 106 Stimmen für Vorschlag 1 ein.

**Berichte.** Am 6. November fand unsere Monatsversammlung statt; der Besuch ließ zu wünschen übrig. Ein Teil Mitglieder hatten es überhaupt nicht für nötig, die Versammlung zu besuchen; einige zogen es vor, auf den Sportplatz zu gehen, andere mußten mit ihrer Braut zur Kirche und verkehrten dort morgens um 10 Uhr noch nicht aus dem Bett kommen. Es sind somit immer dieselben, die die Versammlungen regelmäßig besuchen. Diese Erläuterungen machte der Vorsitzende, bevor wir in die Tagesordnung eintraten. Zum Punkt 1 verlas der Vorsitzende ein Rundschreiben von der Bauleitung betreffs der 1. Abstimmung und eine Einladung zu der am 13. November in Mühlheim stattfindenden Bezirkskonferenz, wozu Kollege Roos als Delegierter gewählt wurde; ferner wurde zu dem am 14. Oktober in Essen abgeschlossenen Bezirksratif Stellung genommen und dagegen protestiert, weil ein Strafpaß eingeführt wurde, daß dort, wo die Kollegen die Arbeit verweigern, 50 Pf. pro Stunde weniger bezahlt werden wie in den anderen Betrieben, wozu der Kollege Roos, der als Lohnkommissionsmitglied bei den Verhandlungen anwesend war, nichts wissen will. Punkt 2. Urabstimmung. Die Kollegen, die anwesend waren, stimmten für den Vorschlag 1. In Punkt 3 wurden die örtlichen Verhältnisse besprochen. Zum Schluß gab der Vorsitzende der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft die Versammlungen besser besucht werden.

## Beendigung des Löbauer Streiks und Abschluß einer allgemeinen Teuerungszulage für die Granitschleiferei-Industrie.

Nachdem die im August begonnene Teuerungswelle am 1. Oktober erst eine ratenweise Erhöhung der Teuerungszulage um 100% des Grundlohnes erreicht hatte, was einer Erhöhung des tatsächlichen Lohnes um 18% gleichkam, hatte der Verbandsvorstand ab 1. November eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage um 100% des Grundlohnes gefordert.

Wie bereits gemeldet, weigerte sich der Verband Deutscher Granitwerke die Verhandlungen aufzunehmen, bevor nicht der Löbauer Streik beendet sei. In Löbau von unserem Verbandsvorstand unternommene Einigungsversuche scheiterten. Dennoch gelang es, Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Granitwerke zustande zu bringen, die am 7. November in Würzburg tagten.

Die Berechtigung der Forderung anerkennend, ließen sich die Vertreter der Unternehmer Zugeständnisse nur brockenweise entwinden. Sie boten zunächst nur 75% in drei Raten (je 25%) und als unsere Vertreter darauf nicht eingingen, bewilligten sie 100% in vier Raten. Da auch dieses Angebot abgelehnt wurde, boten sie 50% ab 10. November und zwei weitere Raten, je 25%, bis es uns schließlich gelang, die zweiten 50% ab 8. bzw. 9. Dezember zugesprochen zu erhalten. Jede Zulage wird jedoch abhängig gemacht von der Wiederaufnahme der Arbeit in Löbau.

Für Löbau wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Verträge, bei denen ein normaler Arbeiter im Akkord voraussichtlich den tariflichen Stundenlohn nicht verdienen kann, werden nach Vereinbarung oder im Stundenlohn bezahlt, wenn der Antrag vor Inangriffnahme des betreffenden Werkstückes gestellt wurde.
2. Die Mindeststundenlöhne für Vollarbeiter werden festgesetzt auf
 

	ab 10. bzm. 11. Nov.	ab 8. bzm. 9. Dez.
für Steinmeger	M. 7.-	M. 7.50
" Hand- und Maschinenschleifer	" 6.85	" 7.15
" verheiratete Hilfsarbeiter	" 6.10	" 6.55
" ledige	" 5.95	" 6.40
3. Die Handschleifer bei H. A. Klotz in Löbau arbeiten wieder in Akkord, sobald die nötigen Schleifmaschinen von der Firma eingerichtet sind.
4. Diese Zugeständnisse zu 1 und 2 haben zur Voraussetzung, daß die ausländischen Arbeiter in allen Betrieben spätestens am 14. November 1921 die Arbeit wieder aufnehmen.
5. Die streikenden Arbeiter sind insoweit wieder einzustellen, als es die Wiederaufnahme der Arbeit durch die einzelnen Arbeiterkategorien zuläßt.
6. Maßregelungen aus Anlaß dieses Streiks finden nicht statt.
7. Der Streik gilt hinsichtlich des Anspruchs auf Ferien gem. § 28a des A.L.G. nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.

Mit dem Inkrafttreten der Würzburger Vereinbarungen steigen die Augustlöhne am 10. bzw. 11. November um 27% und am 8. bzw. 9. Dezember um 36%. Voraussichtlich hat jedoch die Teuerung am letztgenannten Termin eine weit höhere Steigerung erfahren, was uns veranlassen wird, weitere Schritte zum Ausgleich von Löhnen und Preisen zu unternehmen.

**Reichenbach i. Odenw.** Am Sonntag, dem 30. Oktober, tagte eine gutbesuchte Mitgliederversammlung. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung sowie die angelegte Tagesordnung genehmigt worden, erstattete der Kassierer Kollege Ludwig Bernhardt den Bericht von der am 9. Oktober stattgefundenen Bezirksvertrauensmännertagung in Bensheim. Aus diesem Bericht war u. a. zu ersehen, daß infolge des kolossalen Emporschnellens der Preise für Lebensmittel und alle anderen Bedarfsartikel von der Bezirksleitung erneut der Antrag, betreffend Erhöhung der Teuerungszulage an die Unternehmergruppe des B. O. gestellt werden soll. Daran anschließend gab der Vorsitzende Peter Seibert das Resultat der am 10. bzw. am 27. Okt. stattgefundenen Besprechungen zwischen Herrn Römer und dem Bezirksleiter Kollegen Weidenhammer bekannt. Im Punkt 2 der Tagesordnung Beitragserhöhung und Stellungnahme zu der Vorstandsprotokolle in Nr. 43 des „Steinarbeiters“ erläuterte der Vorsitzende allgemein den Zweck dieses Problems. Auf die Beiträge, die Unterstufenerhöhung sowie auf die Schäden und Mängel des Vorschlags 2 und die zum Wohle der Kollegen und zum Wohle und zur weiteren Entwicklung unseres Gesamtverbandes gemachte Auffassung des Vorschlags 1 eingehend, ersuchte er die Kollegen vor der Abstimmung scharf zu beurteilen, welcher von den beiden Vorschlägen für die Kollegen am vorteilhaftesten sei. Auch von Seiten der Kollegen — die Aussprache über die gemachten Vorschläge war eine sehr rege — wurde allgemein anerkannt, daß eine Erhöhung der Beiträge nicht mehr zu umgehen ist. Nachdem alle sich zum Wort meldenden Kollegen, ihre Anschauungen der Versammlung unterbreiteten, wurde mittels Stimmzettel zur Abstimmung geschritten. Das Resultat wirkte einigermaßen überraschend. Von 132 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf Vorschlag 1 109 und auf Vorschlag 2 — 23 Stimmen. Auch wurde von dem Vorsitzenden in längeren Ausführungen auf die im Freistaat Hessen auf den 27. November angelegte Landtagswahl hingewiesen und betont, daß jeder Kollege zu urteilen hat, welcher von den politischen Parteien am Tage der Wahl die Stimme zu geben ist. Zur Stärkung des Landtagswahlfonds wurden 45 M. gesammelt. Auch das Beerdigungswesen (schon zweimal zurückgestellt) wurde endgültig geregelt. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen und erledigt wurden, konnte die Versammlung beendet werden.

**Grünfeld.** Die am 3. November tagende Versammlung befaßte sich mit der neuen Beitragserhöhung. Die Abstimmung ergab 29 für Vorschlag I und 28 für Vorschlag II. 4 Stimmen waren unglücklich. Abgestimmt haben 61 Kollegen. Zu diesem Punkte wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Kollegen der Jahreshilfe Grünfeld erachten die Erhöhung der Beiträge nach Vorschlag I für angebracht, wenn der Steinarbeiterverband als Kampforganisation noch in Frage kommen und die Streik-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung den heutigen Verhältnissen einigermaßen Rechnung tragen sollen. Gleichzeitig fordert die befristete organisierte Steinarbeiterchaft Neuregelung ihrer Forderung und ersucht die Verbandseitung mit den Unternehmern des Mühlbachfeldgebietes Unterhandlungen zwecks Lohnerhöhung anzubahnen zu wollen, da die letzten tariflichen Abmachungen, die bis zum 31. Dezember 1921 gelten, durch die rapid steigende Teuerung an Lebensmitteln, sowie alle Bedarfsartikel längst überholt wurden.“ Dann wurde Kollege Weiß als Delegierter zu der am Sonntag, 6. Nov., in Würzburg anberaumten Konferenz zur neuen Lohnforderung gewählt. Im dritten Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Zum Schluß wurde noch bekanntgegeben, daß von den diesigen Steinarbeitern 580 M. eingegangen sind, die zugunsten der Berunglückten der Oppauer Katastrophe abgeführt werden. Hierauf war Schluß der anregenden Versammlung.

## Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

Die Weltwirtschaftskrise treibt in beschleunigtem Tempo ihrem Höhepunkte zu. Schon als vor wenigen Wochen der Dollar an den In- und Auslandsbörsen die Grenzen eines Kurzes von 100 Mark überschritt, setzte in der englischen und amerikanischen Öffentlichkeit eine lebhaftere Diskussion über die Frage ein, ob es möglich sei, die der gesamten Weltwirtschaft aus dem Verfall der deutschen Währung drohenden Gefahren in letzter Stunde durch eine großzügige Kredit- und Stundungsaktion zu bannen. Inzwischen hat der Dollarkurs bereits die Grenze von 200 M. überschritten und allem Anscheine nach vollzieht sich jetzt der Entwertungsprozess der Mark in einem unerhörten flotten Tempo. Die Frage der Stabilisierung der deutschen Währung ist zur brennenden internationalen Angelegenheit geworden. In dem Moment, wo Rußland sich anschickt, durch Anerkennung seiner Kriegsschulden die Zulassung zum Weltmarkt zu erlangen, droht die Brücke zwischen dem russischen Markt und dem Weltmarkt, die deutsche Wirtschaft infolge der durch die Reparationsleistungen entstandenen Blutleere zusammenzubröckeln. Augenblicklich stehen wir noch im Zeichen eines ungewöhnlich lebhaften Exports und größter Ausnutzung unserer Produktionsmittel. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß es sich hier um Erscheinungen hochgradigen Fiebers handelt, denen die Katastrophe jeden Tag folgen kann. Deutsche Waren werden am Weltmarkt zu Preisen verschleudert, bei denen noch nicht einmal der heutige Stand der wichtigsten Rohstoffpreise, geschweige denn ein angemessener Arbeitslohn zum Ausdruck kommt. Wir zehren vom letzten Rest unseres Nationalvermögens. Die Spannung zwischen Löhnen und Lebensmittelpreisen ist eine unerträgliche geworden. Der jüngste Kurssturz der Mark hat alle Kalkulationen der Staats- und Privatwirtschaft über den Haufen geworfen. Die hohen Devisenkurse schließen die Gefahr einer vollständigen Abbrofflung der ausländischen Zufuhren an Rohstoffen, Getreide usw. in sich. Die augenblicklich noch günstige Lage des deutschen Arbeitsmarktes kann innerhalb weniger Wochen sich in das Gegenteil verwandeln, da der jetzt noch flotte Beschäftigungsgrad in Handel und Gewerbe durch Rohlen- und Rohstoffmangel aufs schwerste bedroht ist. In dieser gefährlichen Situation wenden sich naturgemäß die Blicke nach dem Auslande, zumal man weiß, daß dort die wirtschaftliche Maltesezung Deutschlands durch den Währungsverfall fast ebenso schwer empfunden wird wie bei uns. An die Reise des Reichsbankpräsidenten Havenstein nach London knüpfen sich durch voreilige unverantwortliche Berichterstattung genährte Hoffnungen auf das Zustandekommen einer internationalen Anleihe. Diesbezügliche Meldungen wurden auch von Neuyork aus verbreitet. Nach Mitteilungen von zuständiger Seite hat die Reise Havensteins lediglich der Erörterung banktechnischer, den Geschäftsvorkehr der Reichsbank mit der Bank von England betreffenden Fragen gedient. Anleihe- oder Kreditverhandlungen sind überhaupt nicht geführt worden. Es scheint, als ob im gegenwärtigen Moment bei uns wie im Auslande die nötigen Voraussetzungen für das Zustandekommen großer internationaler Kredite noch nicht gegeben seien. Es ist möglich, daß die jetzt beginnende große Washingtoner Konferenz durch den Druck der Weltwirtschaftskrise genötigt werden wird, sich auch mit diesen Problemen zu befassen. So sehr der einzelne Großkaufmann in der Londoner City, der amerikanischen Farmer und Minenarbeiter die Störung des internationalen Handels mit Deutschland auch empfinden mögen, so wenig ist Aussicht vorhanden, daß die Notlage einzelner ausländischer Erwerbsgruppen nun schon zu einer finanziellen Hilfsaktion für die deutsche Wirtschaft führen könne. Hierfür müßten erst objektive und subjektive Voraussetzungen geschaffen werden. Objektive insofern, als durch eine vernünftige Regelung des Reparationsproblems sowie durch Zusammenschluß und gegenseitige Haftung der deutschen Sachwertbesitzer die nötige Kreditwürdigkeit Deutschlands und Garantien für die ausländischen Kreditgeber geschaffen werden können. Die subjektiven Voraussetzungen bestehen darin, daß in den valuta-starken Ländern aus der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Kreditgewährung sich die entschlossene opferfreudige Tat herauskristallisiert. Mit schönen Worten und Zeitungsartikeln ist uns nicht zu helfen. Bisher schon es noch immer, als ob eine Nation der andern und innerhalb der Nationen wieder die Industrie dem Großhandel, der Handel wiederum den Banken und diese den Produzenten die Ausführung der Kredithilfe für Deutschland zuschieben wollten. Man spricht in London und Neuyork sehr viel von Weltwirtschaft und von der Solidarität der internationalen Wirtschaft, läßt sich aber in der Kreditfrage von privatwirtschaftlichem Krämergeist und heimlicher Konkurrenzsucht leiten. Inzwischen verstreicht kostbare Zeit. In Deutschland verwirren sich die wirtschaftlichen und innerpolitischen Verhältnisse immer mehr. Jeder Tag der Verzögerung bedeutet eine Vermehrung der Schwierigkeiten, die bei der Wiederherstellung normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen zu überwinden sind. Damit wächst nicht nur für den deutschen, sondern auch für den englischen und amerikanischen Arbeitsmarkt und Handel die Gefahr neuer Krisen und Katastrophen. Der kommende Winter muß zeigen, ob mit der Ausdehnung des internationalen Handels auch das Solidaritätsgefühl und die Erkenntnis von der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit bei den sogenannten Führern der Weltwirtschaft, den englischen und amerikanischen Finanziers, Großhändlern und Industriellen, so gewachsen ist, daß sie den kleinlichen Krämergeist überwinden und sich zu einer gemeinsamen Aktion zusammenfinden können.

**Das Ende der Dollarhysterie.** Der Handel mit Devisen, fremden Geldorten und Banknoten erfreute sich bisher einer Ausnahmestellung im Börsenverkehr. Während über alle anderen Geschäfte am Wertpapiermarkt Schlussscheine aufgestellt werden müssen, aus denen genau zu ersehen ist, welche Werte gehandelt und welche Kurse gezahlt wurden, vollzog sich der Umsatz der Devisen und Noten bisher in einer Weise, die jede Kontrolle, besonders durch die Steuerbehörden, ausschloß. Die ausländischen Zahlungsmittel konnten, wie es in der Bankiersprache heißt, einfach über den Londoner Markt gehandelt werden. Das bot natürlich den Steuerhinterziehern und Hamstern eine willkommene Gelegenheit, große Beträge zu verstecken. Es wurden in erheblichen Beträgen Dollarnoten aufgekauft und entweder beiseite gelegt oder bei einer kleinen Reise nach der Schweiz oder Holland mitgenommen und dort deponiert. Auf diese Weise sind recht bedeutende Auslands-guthaben entstanden. Die Tatsache, daß die in Dollarnoten angelegten Gelder keine Verzinsung brachten, spielte keine Rolle im Vergleich zu der Chance, der Steuer ein Schnippchen zu schlagen. Außerdem hat sich der Wert des Dollars, an der Papiermarkt gemessen, gerade in den letzten Monaten ganz bedeutend erhöht. Diesem Treiben soll der Gesetzentwurf über den Verkehr mit Devisen, fremden Geldorten und Noten ein Ende bereiten. Der Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln soll künftig nur durch die Vermittlung von Banken und Bankiers erfolgen, die verpflichtet sind, von jedem, der mit ihnen veraltige Geschäfte eingehen will, eine genügende Legitimation zu verlangen. Es müssen Schlussscheine aufgestellt werden, die sofort dem Finanzamt des Bankkunden zu überweisen sind. Die Finanzämter nehmen dann die übermiesigen Schlussscheine zu den Steuerzwecken. Gerade die letztgenannte Bestimmung hat den Devisenhandel in einem unheimlichen Schrecken eingetaucht. Sie müssen befürchten, daß nach

Den Inkrafttreten des Gesetzes die Finanzämter haben so manche Steuer-  
schleiere kommen. Infolgedessen versuchen sie in letzter Stunde ihren  
Besitz an ausländischen Zahlungsmitteln abzustößen. So kam es, daß  
nach dem Bekanntwerden des erwähnten Gesetzes an der Ber-  
liner Börse ursprünglich ein ungeheures Angebot von Dollarnoten und  
anderen ausländischen Zahlungsmitteln auftrug, während noch an  
den vorhergegangenen Tagen die Einfuhrfirmen nur einen Bruchteil  
der von ihnen benötigten Devisen usw. aufzutreiben konnten. Durch diese  
Vorgänge ist die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf einen Krebschaden  
gelenkt worden, der wesentlich zum Verfall unserer Währung bei-  
getragen hat. Wenn das deutsche Publikum seine verfügbaren Gelder  
in ausländischen Zahlungsmitteln anlegt, so kann man vom Ausland  
nicht verlangen, daß es die deutsche Mark einigermassen günstig be-  
wertet. In Finanzkreisen ist man überdies der Meinung, daß die Ver-  
minderung des Angebots an ausländischen Devisen auf die Geflohen-  
heit großer Exportfirmen zurückzuführen ist, ihre durch die Aus-  
fuhr erlangten Guthaben im Ausland zu lassen. Hieraus muß sich natürlich gerade in der jetzigen Aus-  
wechsellagerungsperiode eine rasch fortschreitende Verarmung der deutschen Wirt-  
schaft ergeben. Während diejenigen industriellen Betriebe, die auslän-  
dische Rohstoffe verarbeiten, hierfür Zug um Zug Devisen an das Aus-  
land abführen müssen, kommt der Gegenwert für die in Deutschland  
hergestellten Fertigerzeugnisse, der außer dem Rohstoffpreise noch die  
Arbeitslöhne, Kapitalrente und Händlergewinne enthält, der deutschen  
Wirtschaft nicht zu Gute. Das sind natürlich unheilbare Zustände.

Der deutsche Arbeitsmarkt im November. Nach den für die ersten  
Novemberwochen vorliegenden Berichten der Landesarbeitsämter hat mit  
dem Einsetzen der regnerischen und rauhen Witterung und mit der Be-  
endigung der Hackfruchtperiode eine erhebliche Verminderung der Nach-  
frage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft eingetreten. Auch in  
der Baustoffindustrie flaut der Beschäftigungs-  
grad merklich ab, obwohl die Baukonjunktur noch immer recht  
lebhaft ist. Mit der zunehmenden Fertigstellung von Rohbauten hat  
sich zwar die bisher sehr dringliche Nachfrage nach Maurern und Zim-  
merleuten etwas ermäßigt, Maler, Bauhilfskräfte, Klempner und andere  
Bauhändler können jedoch immer noch nicht in so großer Anzahl  
bereitgestellt werden, wie es der Bedarf erfordert. Eine besonders  
günstige Wirkung hat die regere Bautätigkeit auf das Holzgewerbe aus-  
geübt, das fast in allen seinen Zweigen eine flotte Beschäftigung auf-  
weist. Die Lage des Bergbaues ist fast unverändert. Sehr unangenehm  
macht sich die unzureichende Waggengestellung bemerkbar. Aus den ver-  
schiedenen Zweigen der weiterverarbeitenden Industrie kommen Klagen  
über unzureichende Beförderung mit Brennstoffen. Besonders empfind-  
lich tritt der Waggomangel im mitteldeutschen Industriegebiet  
hervor, wo die seit einiger Zeit sich etwas hebende Konjunktur der  
Kalkindustrie, die auf Braunkohle angewiesen ist, durch den Mangel an  
Brennstoffen sehr gefährdet wird. Auch die Mansfeldische Kupfer-  
bauende Gewerkschaft, die anfangs 50 Waggons Kohle je Arbeitstag zur  
Zelt nur 5 bis 16 Waggons erhält, muß bei einer Fortdauer dieses Zu-  
standes zu einer teilweise Stilllegung schreiten. Weithinige Nachrichten  
kommen aus dem ganzen mitteldeutschen Industriegebiet. Der Maschinen-  
bau und die Metallindustrie stehen im Zeichen der Hochkonjunktur.  
Allenthalben wird über Mangel an Reschleimmedien, Schloßern, Metall-  
formern und Monteuren berichtet. Die flotte Beschäftigung des Be-  
kleidungsgewerbes, der Textilindustrie und der Maschinenfabriken hält  
an. Aus verschiedenen Zentren des Textilgewerbes wird berichtet, daß  
in den Webereien Bestellungen auf Waren bis zum Jahre 1923 vor-  
liegen. Sehr gebessert hat sich auch der Arbeitsmarkt der kaufmännischen  
Angestellten. Der Bedarf an Hausangestellten übersteigt in allen Teilen  
des Reiches das Angebot bei weitem.

Wer stiehlt den Markkurs? In einer jenen veröffentlichten gene-  
tischen Studie über das Geld wirft G. H. Kaemmerer, Direktor der  
Norddeutschen Bank in Hamburg, die Frage auf, wie es denn zu er-  
klären sei, daß selbst das Papiergeld eines Staates mit dauernd pas-  
siven Finanzen und unaufhaltbar arbeitender Notenpresse noch immer  
einen Rest von Wert bewahrt. Er gibt hierauf folgende Antwort:  
„Solange es bei solchen Zuständen gelingt, die Wirtschaftsmaschine und  
die Staatsautorität noch notdürftig in Gang und aufrecht zu erhalten,  
paßt sich das arbeitende Volk, das unter schwerem Druck steht, um  
seine Existenz ringt, und keine Möglichkeit hat, ein besseres Tarif-  
medium aus dem Stegreif zu produzieren, auch dem schlechtesten not-  
gedrungen, zeitweilig an, in dem es daselbst nimmt, von der Hand  
in den Mund, und damit weiter zu wirtschaften sucht, so gut es eben  
geht. Solange ein totaler Zusammenbruch nicht erfolgt, erhält sich im  
Volke die Hoffnung auf Besserung und damit ein Rest von Staatskredit.“

Als der Reichsverband der deutschen Industrie  
vor einigen Monaten die Absicht zu erkennen gab, dem Reiche in  
seiner Notlage mit einer großzügigen Kredithilfe beizuhelfen,  
almete man erleichtert auf, weil man annahm, daß jetzt die Mög-  
lichkeit gegeben sei, der Entente den unüberlegbaren Beweis für  
die ernsthafte Bemühung aller deutschen Erwerbstreife um die  
Erfüllung des Reparationsprogramms zu beweisen und das  
Vaterland vor einer Katastrophe zu bewahren. Aber schon die  
zuerst veröffentlichte Erklärung des Reichsverbandes erregte den  
Verdacht, daß die sogenannte Kredithilfe nur ein Mittel sei, um  
dem Großkapital einen auf andere Weise nie und nimmer er-  
reichbaren wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu verschaffen.  
Allerdings war die Resolution in vieler Hinsicht unbestimmt ab-  
gefaßt und vage. Am Donnerstag, dem 10. November, hat  
nunmehr der Reichsverband dem Reichskanzler durch eine beson-  
dere Abordnung Erklärungen übermittelt, nach denen kein Zwei-  
fel mehr bestehen kann, welchen Zwecken die Kredithilfe der In-  
dustrie dienen soll. Angefangen von Reichseisenbahnen sollen  
alle in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe der Privatwirt-  
schaft ausgeliefert werden. Damit haben diejenigen recht be-  
kommen, die gegen die Kredithilfe des Reichsverbandes von  
vornherein das größte Mißtrauen hegten. Sogar in den Kreisen,  
die den Sozialisierungsbestrebungen nicht gerade sehr günstig ge-  
sinnt sind, ist man über das Vorgehen des Reichsverbandes im  
höchsten Grade erstaunt. Man hat das Empfinden, daß diejenigen  
Leute, die solche Beschlüsse fassen, von allen guten Geistern ver-  
lassen sein müssen. Man sollte annehmen, daß im Reichsverbande  
der deutschen Industrie, der für sich das Renommee in Anspruch  
nimmt, die sogenannten Führer der deutschen Wirtschaft zu seinen  
Mitgliedern zu zählen, mehr politische Einsicht zu finden wäre.  
Die Forderungen, die auf eine Auslieferung der öffentlichen Be-  
triebe an die Privatwirtschaft hinauslaufen, lassen sich heute in  
Deutschland auf legale Weise nicht mehr verwirklichen. Nicht  
nur die gesamte Arbeiterklasse, sondern auch weite Schichten des  
Bürgertums werden sich mit aller Kraft dagegen sträuben, daß  
die wirtschaftspolitische Entwicklung Deutschlands mit einem  
Schlage auf den Stand der vormärzlichen Zeit zurückgeführt  
wird. In den ältesten Schulbüchern kann man schon nachlesen,  
daß die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens in Deutschland eine  
der größten Errungenschaften war, die unserem Vaterlande und  
seiner Wirtschaft eine weitgehende Ueberlegenheit über viele  
andere Staaten sicherte. Hervorragende Eisenbahntechniker haben  
sich noch in der neuesten Zeit gegen eine Entstaatlichung der  
Reichseisenbahn ausgesprochen. Die Forderungen des Reichs-  
verbandes werden gerade das Gegenteil von dem hervorbringen, was  
geplant war. Während bisher die große Masse der Arbeitnehmer  
den großkapitalistischen Tendenzen gegenüber noch verhältnis-  
mäßig duldsam war und in Anbetracht der Notlage des Reiches  
bereit gewesen wäre, die Hand zu gemeinsamer Lösung der  
großen wirtschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit zu reichen,  
ist jetzt die Parole: „Die Privatwirtschaft — die Gemein-  
schaft!“ in den Vordergrund gestellt und das wertigste Volk  
zur Notwehr aufgerufen worden. Die vielversprechende Kredit-  
aktion hat den Wirtschaftskrisen zerstört und eine Aera schwerster  
sozialer Kämpfe eingeleitet. Man darf wohl annehmen, daß die  
Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie nur  
der Mentalität eines zwar sehr kapitalkräftigen, aber doch immer-  
hin kleinen Kreises entsprechen und daß im übrigen auch in den  
Reihen des Unternehmertums eine so plumpe und durch nichts  
gerechtfertigte Forderung Kopfschütteln erregen muß.

**Rundschau.**  
Aus unserem Beruf und Industrie. Am 12. November tagte in  
Berlin das Haupttarifamt (Pflasterstein- und Schottertarif). Es

homben vier Anträge bzw. Einsprüche gegen Tarifamtsentschei-  
dungen zur Entscheidung. Ein Einspruch hatte sich durch örtliche  
Verständigung erledigt (Freiburg i. Br., Kaiserstuhl-Schotterwerke),  
ein anderer Einspruch wurde zurückgezogen, um anderweitig ge-  
regelt zu werden. In Sachen des Einspruchs der Süddeutschen  
Pflastersteinarbeiter gegen eine Tarifamtsentscheidung in Karls-  
ruhe wurde ein Schiedsspruch gefällt, zu dessen Unterwerfung eine  
Woche Frist gelassen wurde. (Nammelsbacher Gebiet, Pfalz.) Im  
weiteren wurde im Haupttarifamt auf Anregung unseres Ver-  
bandes folgende Frage entschieden: „Hat ein Arbeiter nach § 18  
des RAB. Anspruch auf 4 Stunden Lohn, wenn er ohne sein Ver-  
schulden durch einen in seiner Person liegenden Grund auf längere  
Zeit, z. B. 6 Stunden an der Arbeit verhindert ist oder verliert  
er in diesem Falle jeglichen Lohnanspruch?“ Einstimmige Auf-  
fassung des Haupttarifamts: Nein! Die Verhandlungen leitete  
Herr Direktor Dr. Barkhausen, der als Vorsitzender fungierte.  
Stellvertreter ist Kollege S. Siebold.

Landbestärkung für Werkstein, Marmor und Granit für Bayern  
zu schaffen, wurde von Seiten der Gauleitung Würzburg, bei den  
zuständigen Spitzenorganisationen der Arbeitgeber beantragt, um  
der jetzigen Tarifanarchie im Lande ein Ende zu machen. Genau  
wie im Frühjahr, so wurde auch diesmal unser Antrag von den  
einzelnen Unternehmergruppen abgelehnt. Öffentlich kommt die  
Schlichtungsordnung für den RAB. vom 16. Oktober 1920 baldigst  
zustande, und so gelingt es schließlich, dadurch Ordnung in unser  
Tarifwesen zu bringen. Wir vertreten den Standpunkt, daß das,  
was in den vorgenannten Gruppen im Freistaat Sachsen, in der  
Schotterindustrie des Reiches, der Granitindustrie Bayerns, dem  
Baugewerbe, der Metallindustrie, dem Buchdruckgewerbe usw. mög-  
lich ist, auch in unserem Gewerbe durchführbar sein muß. Aus  
dieser ständigen Ablehnung der bayerischen Arbeitgeber, die nach  
unserem Dafürhalten gang und begründet ist, mögen unsere Kollegen  
den Schluß ziehen, daß die Unternehmer bei der jetzigen Verhan-  
dungsanarchie sich einen größeren Vorteil versprechen und sicher  
auch erreichen. In den einzelnen Gebieten und Orten muß die  
Vereinlichung unseres Tarifwesens vielmehr propagiert werden,  
denn nur dadurch können wir auch auf diesem Gebiete vorwärts.

Nachrichten für Auswanderer. Auskunftshefte für deutsche Aus-  
wanderer erscheinen im Zentral-Verlag, Berlin NW 6, Luisenstr. 31b.  
Preis 3.50 M. Die Hefte sind auf Grund amtlichen und zuverlässigen  
privaten Materials zusammengestellt, also nicht zum Vorteil irgend-  
welcher Leute geschrieben, die an der Auswanderung verdienen wollen.

Auf Finnland hat die allgemeine Wirtschaftskrise so stark über-  
gegriffen, daß viele der früher eingestellten deutschen Arbeiter und An-  
gestellten entlassen wurden, ohne anderweitig neue Stellen finden  
zu können.

In Lettland sind die Erwerbsmöglichkeiten für Deutsche sehr  
gering. Zudem herrscht eine sehr starke Abneigung gegen Fremde, unter  
der selbst die im Lande geborenen Deutschen schwer zu leiden haben.  
Das Leben ist sehr teuer, mit weniger als 10000 lettischen Rubeln  
monatlich vermag selbst ein einzelner nicht zu leben.

Auch in Schweden besteht große Arbeitslosigkeit, die sich eben-  
falls in zahlreichen Entlassungen äußert. Lohnherabsetzungen haben statt-  
gefunden und weitere sollen folgen. Die Arbeitgeberorganisationen rufen  
zu einem großen Schläge gegen die Arbeiterschaft.

Die Zahl der Arbeitslosen in Italien betrug nach amtlicher Fest-  
stellung im September 470 542. Die Arbeitslosigkeit ist in der Zu-  
nahme begriffen. Es empfiehlt sich also nicht für Stellungslose, sich nach  
Italien zu wenden.

Bei Arbeits- oder Anstellungsverträgen für Mexiko ist darauf  
zu achten, daß die Bezüge in Goldpesos zu erfolgen haben. Es sind  
mindestens 25 v. H. auf die vor dem Kriege in Deutschland üblich  
gewesenen Löhne aufzuschlagen. Tüchtige Mechaniker erhalten in Mexiko  
10—20 Pesos täglich. Verträge haben nur dann rechtliche Gültigkeit,  
wenn sie vom mexikanischen Konsulat in Berlin beglaubigt sind und  
später in Mexiko eingetragener werden.

Ueber die Arbeit auf den brasilianischen Kaffeepflan-  
tagen erhält das Reichsministerium die nachstehende Zuschrift:

Auf Grund meiner zwölfwährigen Brasilien-Erfahrung betone ich  
wiederholt, daß die Arbeit auf den Kaffeepflanzungen des Staates Sao  
Paulo für deutsche Auswanderer unmöglich ist. Es ist mir wohl be-  
kannt, daß man in den Kreisen der großen deutschen Kaffeefirmen in  
Santos und Sao Paulo zum Teil anders denkt. Das Urteil dieser Her-  
ren ist jedoch kein unparteiisches. Denn sie sind daran interessiert, die für  
die Kaffeepflanzungen so sehr nötigen Arbeitskräfte, sei es woher es  
sei, in möglichst großer Zahl ins Land zu ziehen. Fehlt es doch in  
Brasilien vor allem an Menschen.

Unser deutscher Auswanderer ist zu gut, um als Kulturbürger auf  
den Kaffeepflanzungen Sao Paulos zu verkommen. Der bekannte Kolo-  
nialpolitiker Dr. Rohrbach, der zur Zeit Brasilien bereist, kommt zu dem  
Schluß: „Ein Deutscher, der so leben sollte wie ein Sao-Paulo-Fazenda-  
(d. i. Pflanzungs-) Kolonist, gerät bald in Verzweiflung: lieber tot als  
so weitermachen.“

Es muß bemerkt werden, daß der Arbeiter auf den Kaffeepflan-  
zungen in portugiesisch „Colono“ heißt. Die deutsche Uebersetzung  
„Kolonist“ gibt leider Anlaß zu dem naheliegenden Irrtum, daß es  
ein „Ansiedler auf eigener Scholle“ sei, während es tatsächlich ein ab-  
hängiger Landarbeiter ist, der unter den kümmerlichsten Verhältnissen  
daseinlebt.

Elfaß-Lothringen. Mehrere Anfragen aus Kollegentreisen  
veranlassen die Mitteilung, daß von einer Einreise nach dem Elfaß drin-  
gend abzuraten ist. Einmal ist die Arbeitslosigkeit dort recht ungünstig,  
auch ist die Einreise sehr erschwert. Im übrigen herrscht dort unter den  
Arbeitgebern ein Schamfarngeist, dem die etwa einreisenden Stein-  
mehrer, Pflastersteinarbeiter und Schleifer als Aus-  
länder dann machtlos gegenüber stehen. Also, meidet Elfaß-  
Lothringen!

Warnung, Steinarbeiter nach Frankreich. Unser  
internationaler Sekretär Kollege Kolb (Zürich), schreibt nachstehendes  
zur Beachtung: „Es werden zur Zeit Steinarbeiter nach Frankreich  
gesucht. Wir erlauben uns hier die bestehenden Verhältnisse zu schildern  
und bleibt es dann den Kollegen selbst überlassen nach Guffinden zu  
handeln: In St. Julien bei der Firma Perin arbeiten etwa  
50 Steinarbeiter aus der Tschechoslowakei. Es wird Granit verarbeitet.  
Dieser Granit hat keine Lager und muß der Steinbauer zuerst oft tages-  
lang hofieren. Diese Arbeit wird im Stundenlohn a 2.50 Fr. gemacht.  
Die übrige Arbeit wird im Akkord ausgeführt, jedoch wird nicht über  
den Stundenlohn ausbezahlt. Die Lohis sind schamlos, es befinden sich  
zwei und drei Mann in kleinen Zimmern, Waschgelegenheit ist keine.  
Es wird zehn und mehr Stunden per Tag gearbeitet, für Ueberstunden  
ist ein Zuschlag von 50 Prozent offeriert, dieser Zuschlag wird aber nur  
demjenigen ausbezahlt, dem der Unternehmer wohl will. Wir haben  
nun die französische Organisation ersucht, hier Wandel zu schaffen, ob  
es ihr gelingen wird, ist fraglich.“

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Gewerkschaftliche Frauenzeitung wird nur den Zahlstellen zuge-  
stellt, die auf dem Quartalsabrechnungsformular unter „Mitglieder-  
bewegung“ die weiblichen Mitglieder eingetragen haben.

Alle Zahlstellen, die bisher die Mitgliederliste nicht eingesandt haben,  
werden in nächster Nummer des „Steinarbeiters“ veröffentlicht.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Bei allen Arbeitsangeboten, auch wenn sie im „Steinarbeiter“ er-  
folgten, ist eine vorüberige Erlaubnis in der betreffenden Zahlstelle an-  
gebracht. In Orten, wo eine solche nicht vorhanden, kann durch eventuelle  
Verbindung mit Einzelzahlern der Verbandsvorstand bzw. die  
Verbandsstelle des „Steinarbeiters“ Adressen übermitteln.

Liegnitz. Für die im Lohnkampf gestandenen Kollegen in der  
schlesischen Marmorindustrie sind noch folgende Beträge einge-  
gangen: Zahlstelle Neudorf 472.25, Schirgiswalde 50.—, Häselitz  
936.60, Ströbel 797.25, Liegnitz 94.—, Sproß 250.—, Ebersbach  
225.—, Rindisch 259.80, Bunzlau 150, Alt-Warthau 370.—, Kam-  
menz 300.—, Breslau 500.—, Striegau 1075.—, Königsbain 328.20,

Dauer 29.50, Bismarckburg 10.—, Karl. Allen Kollegen für die  
Solidarität nochmals herzlichsten Dank!

J. A.: Senft, Gauleiter.  
Blumberg. Für den erkrankten Kollegen Karl Böller sind noch  
nachträglich zu den bereits quittierten Unterstützungen von der Zahlstelle  
Röhrenbach 40 M. eingegangen.  
Andr. Reiner, Kass.

Dessau. Der Kollege Wilhelm Bremer, Buchnummer 15 716,  
aus Bernburg, eingetreten am 28. Januar 1919, ist hier abgereist  
und hat sein Buch in Unordnung zurückgelassen, eine Neuaufnahme ist  
deshalb zu verhindern.

Fehl-Rügenhausen. Für die Opfer des Oppauer Unglücks spende-  
ten 56 Kollegen unserer Zahlstelle 897 Mark.

Gundelsheim (Schwaben). Folgende Mitglieder unserer Zahlstelle  
haben ihre Mitgliedsbücher verloren: Konrad Biber, geb. 23. Okt.  
1902 (Nr. 57 182), Alois Hörmann, geb. 18. Juni 1902 (Nr. 57 161).  
Die Bücher sind nunmehr ungültig, vor Mißbrauch wird gewarnt.

### Adressenänderungen.

- 2. Gau.  
Königswalde. Kass.: Paul Schwarzer, Deutengrund, Post  
Königswalde.
- 3. Gau.  
Landsberg. Kass.: Martin Brandstätter, M. Gasse.  
Pöthen. Friedrich Strauß, Saalfeld, Brüdergasse 7.  
Wildschütz. Vorf.: Otto Groß, Schilderhain b. Schildau, Kreis  
Lorgau.
- 5. Gau.  
Walheim. Kass.: Ludwig Gier, Schmittshof.
- 7. Gau.  
Gemertau. Vorf.: Georg Schifft, Neidlingerberg, Post Hauzen-  
berg.
- Kronach. Vorf.: Georg Ernst, Wüstbuch, Hs. 16, Post Kronach.  
Kass.: Max Müller, Hs. 321 D, Alte Bamberger Straße.
- 9. Gau.  
Queckborn. Vorf. u. Kass.: Karl Junfer.

### Briefkasten.

A. M. Neutralität ist gewiß ein schönes Wort, doch sage mir,  
wo ist die Grenze? Wenn irgend eine unerfreuliche Erscheinung als  
Tatsache geschildert wird, ist damit das Wort aber auch der Begriff  
jedenfalls nicht verfehlt. Die Anführung solcher Tatsachen hat mit Sach  
und Sach nichts zu tun, sondern nach meiner Auffassung hat ein Re-  
dakteur die Pflicht, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Drum-  
herumreden in solchen Sachen liegt mir nicht, ist auch falsch.

Beuga 100. Die Maschinen werden alle in Deutschland herge-  
stellt. Zahl und Namen können aber unmöglich an dieser Stelle be-  
kanntgegeben werden. Die Fabriken haben ihren Sitz in Mannheim,  
Augsburg, Düsseldorf, Köln-Kalt, Buzbad (Hessen) usw.

Fr. St. Für Karte Dank. Motiv und Ausführung des Denkmals  
sind gut, die Arbeiterschaft kann stolz auf die Schaffung sein. Leider ist,  
wie aus einer Zeitungsnote hervorgeht, das herrliche Denkmal von  
nationalistischen Buben Händen mit roter Farbe bedeckt worden.  
worden.

Dr. A. Steht fast in jeder Nummer, dadurch deine Sonderbekannt-  
machung überflüssig.

## Anzeigen

### Berlin

Sonntag, 20. Nov., vorm. 9.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus  
Versammlung aller Marmorarbeiter Berlins

Tagesordnung:  
1. Bericht von der Lohnverhandlung. 2. Verschiedenes.  
Die Ortsverwaltung.

**Steinmetz Georg Behrendt, zulezt in Osnabrück, wo  
steckst Du? Es sucht dich wegen Erbschaftsangelegenheit Deine  
Mutter, Frau Behrendt, Fehrbellin, Rhinstr. 140. Sollten  
Kollegen über seinen Aufenthalt Nachricht geben können, dann  
bitte! Unkosten werden ersetzt.**

**Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methode!**  
Für Anfänger Schriftzeichen auf Millimeterpapier!  
Franz Siegler, Bildhauer und Schriftzeichnerei  
Sieben (Hessen).

**Marmorhauer** unverheiratet, welcher im Anfertigen  
von freistehenden Maschinentischen und  
Ritten von Marmor perfekt ist, wird  
per sofort in dauernde Arbeit gesucht.

**Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin**

**EINEN STEINMETZ**  
der auch firm in Schriftzauen, stellen per sofort bei  
dauernder Beschäftigung ein  
**KARL BERNER & SOHN, Ober-Waldenburg (Schles.).**

Sofort gesucht für dauernde Stellung (Vertrauensstellung)  
**tüchtiger selbständiger Steinmetz,**  
der auch Schriftzauen und leichte Bildhauerarbeiten ausführen kann,  
vorkommende Kunststeinarbeiten mit ausführt, evtl. auch anlernen  
wilt. Nur tüchtige Kraft, bei höchstem Tariflohn und Zuschlägen.  
**Fritz Bier, Bildhauer, Kusdorf bei Ostritz i. Sa.**

**Steinmetzen, unverheiratet, auf Denkmäl-  
arbeiten in Muschelkalk  
werden für sofort gesucht.**  
**Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin,  
Freiburger Straße 3.**

**Suchen für sofort einen tüchtigen  
MASCHINENSCHLEIFER**  
(unverheiratet), auf weißen und farbigen Marmor, sowie einen  
**KANTENSCHLEIFER.**

Angebote an  
**Esdohr & Co., Bremen, Essener Straße 74.**

### Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht,  
für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingetragen werden.)

In **Dresdens Birna** am 4. November der Brecher  
**Paul Blum**, 44 Jahre alt, Unfall.

In **Saalburg** am 5. November der Schleifer **Fritz  
Hoffmann**, 21 Jahre alt, Herzschlag.

In **Strehlen** am 9. November der Pflastersteinmacher  
**Paul Wittan**, 53 Jahre alt, Schlaganfall.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von  
Ernst Binkler, beide in Leipzig.  
Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.